Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit" 20 Pfennige

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,5[illegible] Gulden, wöchentlich [illegible] Gulden, in Deutschland 2,0[illegible] Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 5gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1[illegible] Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 264 — Montag, den 10. November 1924 — 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Polen als Großmacht.

Außenpolitische Wünsche des Ministerpräsidenten Grabski.

Ministerpräsident Grabski nahm Sonnabend in den Abendstunden im polnischen Landtag das Wort, um die im Laufe der letzten Debatte der Regierung gemachten Vorwürfe zu entkräften und einige Ergänzungen zu seinem Exposé zu geben. Nach einer Charakterisierung der Regierungstätigkeit auf innerpolitischem und finanzwirtschaftlichem Gebiet legte der Minister, auf die Außenpolitik übergehend, die Aufgaben dar, die Polen daraus erwachsen, daß zwei seiner ehemaligen Teilungsmächte nun auf der internationalen Arena erscheinen. Diese Tatsache verlange auch entsprechendes Vorgehen. Deshalb habe sich die Regierung um das Verhältnis zu Frankreich bemüht und alles getan, damit die Lage sich nicht verschlechtere. Gleichzeitig habe sie Schritte unternommen, um Polen die gleiche Großmachtstellung zu verbürgen, die den ehemaligen Teilungsmächten eingeräumt würde, falls sie in den Kreis der Großmächte aufgenommen werden sollten. Wir werden es nicht nötig haben, im Vorzimmer zu stehen, so fuhr der Redner fort, um darauf zu warten, was die Großen sagen. Unsere Vertretungen sind als denen der größten Mächte gleichberechtigt anerkannt worden. Der Ministerpräsident meinte weiter, Polen würde sich durch die allgemein in der Welt herrschenden Friedenswilligkeiten nicht einschläfern lassen, ohne allerdings diese von der Weltdemokratie getragenen Kräfte gering zu achten. Zum Schluß seiner Ausführungen gab der Premier eine kurze programmatische Erklärung über die Ziele der von ihm geführten Regierung ab. Die Rede fand bei den Parteien der Mitte und der polnischen Linken starken Beifall.

*

Umgruppierung im polnischen Sejm?

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Vor wenigen Tagen hat der polnische Ministerpräsident Grabski im polnischen Sejm überraschend die Vertrauensfrage gestellt und auch erreicht, daß seine Politik mit einer Mehrheit von 210 gegen 170 Stimmen gebilligt wurde. Der Nationaldemokrat Glombinski hatte der Regierung innen- und außenpolitisch Nachgiebigkeit vorgeworfen. Grabski erklärte diese Aeußerung für eine Beleidigung und verlangte sofortige Stellungnahme des Sejms zu diesem Angriff mit dem bereits erwähnten, für ihn günstigen Ergebnis.

Es ist eine Frage für sich, ob diese Abstimmung bereits die drohende polnische Kabinettskrisis erledigt. Wahrscheinlich nicht, denn die Situation innerhalb der Parteien ist durchaus noch nicht geklärt, und auch die Parteien, die Grabski jetzt Gefolgschaft geleistet haben, werden wohl noch Umbildungen des Kabinetts verlangen, auch wenn sie eine wirkliche Kabinettskrisis verhüten. Von besonderem Interesse ist aber die bisher noch nicht dagewesene Gruppierung der Parteien im polnischen Sejm, die Grabski seine Mehrheit verschafft hat.

Zwei Blocks haben sich bei dieser Abstimmung gespalten, von denen der eine, der reaktionäre „Nationale Volksverband", bisher noch nie, der andere, der Minderheitenblock, nur selten seine Solidarität aufgegeben hat. Grabskis Mehrheit bestand aus der Polnischen Sozialistischen Partei, den bürgerlichen bzw. Bauernparteien der Linken, der Christlichen Demokraten Korfantys und den — Deutschen, während gegen Grabski die beiden Parteien der äußersten Rechten und sämtliche Minderheiten, außer den Deutschen, stimmten.

Was Korfanty, der in seiner Partei unbedingt dominiert, bewogen hat, seinen nationaldemokratischen Freunden die Gefolgschaft zu kündigen, läßt sich aus verschiedenen politischen Skandalaffären schließen, an denen er beteiligt ist, wie die Steuerunterschleife großer Firmen in Polnisch-Oberschlesien und der Verkauf des Paderewskischen Blattes „Rzeczpospolita" in Warschau „samt Personal". Die Industrie Polnisch-Oberschlesiens hat, bekanntlich die Abtrennung von Deutschland nie verwunden. Im Gegenteil, die Krisen sind immer schlimmer geworden, und wenn im Juni nächsten Jahres die Ablieferung der Kontingente nach dem deutsch-polnischen Abkommen nach Deutschland aufhört, droht die Katastrophe. Korfanty ist aber bei großen Konzernen mit französischem Kapital in Polnisch-Oberschlesien stark beteiligt. Nun strebt die Regierung Grabski, deren Hauptaufgabe ja überhaupt die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung ist, einen deutsch-polnischen Handelsvertrag an, bei der einer der Hauptwünsche auf polnischer Seite die weitere vorzugsweise Einfuhr aus Polnisch-Oberschlesien nach Deutschland ist. Man sieht sofort, wo das Interesse Korfantys, der stets ein guter Geschäftsmann war, an der Stützung Grabskis liegt.

Die Aufspaltung der Deutschen vom Minderheitenblock ist wahrscheinlich weniger durchdacht, vielleicht auch nur auf Stimmungen zurückzuführen, da die Ukrainer und Weißrussen im polnischen Sejm immer mehr nach links, dem russischen Kommunismus zu, rücken, von dem sie die nationale Befreiung erhoffen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß ein Zerfall des Minderheitenblocks bevorsteht, denn die Interessen der Minderheiten in wichtigen politischen Fragen, beispielsweise gegen eine Wahlrechtsverschlechterung, Front zu machen, bestehen nach wie vor. Aber natürlich ist im Interesse der Minderheiten in Polen selbst auch diese scheinbare Spaltung nur zu bedauern.

Die neue Gruppierung im polnischen Sejm verdient jedenfalls alle Aufmerksamkeit. Auch wenn sie, wie anzunehmen ist, nichts Dauerhaftes vorstellt, bringt sie doch einen bedeutsamen neuen Faktor in die polnische Innenpolitik.

Republikanischer Wahlsieg in Anhalt.

Schwere Niederlage der Deutschnationalen und Kommunisten.

Nach dem Gesamtergebnis der anhaltischen Landtagswahlen haben erhalten: die Sozialdemokraten 15 Sitze (im vorigen Landtag 13), die Demokraten 3 Sitze (1), die Kommunisten 2 (4), die Nationalisten 1 (2), die Bodenreformer und Mieter 1 (1) und die bürgerliche Volksgemeinschaft Stadt und Land 14 (15).

Das Parlament, das aus den letzten Juniwahlen hervorging, hat sich als arbeitsunfähig schon von seiner Geburtsstunde an erwiesen. Damals erzielte die „Rechte" von den Völkischen bis zur Volkspartei 17 Mandate, während die Linke von den Demokraten bis zu den Kommunisten 19 Sitze erhielt. Die vier Kommunisten aber verhalfen bei der Regierungswahl den Reaktionären zur Regierung!

Diesen Streich moskowitischer Dumm- oder Bosheit haben unsere Genossen in einem Flugblatt und in einem Plakat behandelt. Beide zeigten drei treudeutsche Prachtgestalten auf den Rücken von Eseln abgebildet, die von einer Hand aus Moskau gelenkt wird.

Flugblatt und Plakat haben eine durchschlagende Wirkung gehabt: Die Polizei hat — augenscheinlich auf „höhere" Anweisung — beide beschlagnahmt und das Amtsgericht hat die Beschlagnahme bestätigt mit der Begründung, „es sei für einen Minister beleidigend, wenn er auf einem Esel sitzend abgebildet würde."

Die Revolutionsfeier in Berlin.

Zum Gedenken des Revolutionstages und der Toten des Proletariats veranstaltete der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin am Sonntag eine Proletarische Feierstunde im Großen Schauspielhaus. Das weite Rund dieses Riesentheaters war bis auf den letzten Platz gefüllt. Orgelvorträge leiteten die Feier ein; Rezitationen, Männerchorgesang und der Sprechchor bestritten das übrige, künstlerisch hochstehende Programm. Großen Eindruck machte das Requien von Toller unter Benutzung von Worten Conrad Ferdinand Meyers. Im Rahmen dieses wirkungsvollen Chorstücks hielt Genosse Crispien die Gedenkrede, in der er die Toten feierte und unter Hinweis auf die bevorstehende Wahlschlacht der Zuversicht in den endlichen Sieg des Proletariats Ausdruck gab. Die roten Fahnen auf der Bühne senkten sich zum Gedenken der Toten. Am Schluß der Feier erhob sich die gewaltige Menge und sang gemeinsam mit dem Arbeiterchor, von der Orgel begleitet, die Internationale. Es waren erhebende Stunden, die den Kampfmut der Tausende belebten.

Keine Auflösung des sächsischen Parlaments.

Der sächsische Landtag lehnte am Sonnabendnachmittag einen deutschnationalen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen zum 7. Dezember mit 50 gegen 43 Stimmen ab. Für den Antrag auf Auflösung stimmten außer den Deutschnationalen die Kommunisten und der linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Schwarz begründete diese Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die für die Auflösung stimmten, mit dem Beschluß des letzten Parteitages. Für die Fraktionsmehrheit sprach Genosse Wirth, der eine Auflösung des sächsischen Landtags im jetzigen Augenblick als unangebracht bezeichnete. Mit der Fraktionsmehrheit stimmten die Demokraten und die Volksparteiler, deren Redner die deutschnationalen und kommunistischen Angriffe gegen die Koalitionsregierung Held scharf zurückwiesen.

Nachdem der sächsische Parteitag kürzlich einstimmig die Neuwahl des sächsischen Landtages beschlossen hatte, ist das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit, die im Parlament gegen die Auflösung stimmte, sehr bedauerlich. Es kann unmöglich angehen, daß sich sozialdemokratische Abgeordnete aus sehr egoistischen Motiven dem Willen der ganzen Partei widersetzen. Die Demokratie hat in erster Linie auch innerhalb der Arbeiterbewegung zu gelten.

Neuregelung der Verwaltung Elsaß-Lothringens

Abschaffung des Generalkommissariats.

Der „Matin" glaubt Einzelheiten über die Konferenz geben zu können, die Freitag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten über die Regelung der elsaß-lothringischen Angelegenheit stattgefunden hat. Danach sei folgendes beschlossen worden: 1. Abschaffung der Generalkommissariate für Elsaß-Lothringen vom 1. Januar 1925 ab. 2. Ernennung eines Verwalters (Administrateur) für Elsaß-Lothringen, der in Paris seinen Sitz haben soll. Für diesen Posten soll der Rektor der Universität Straßburg, Charléty, der auch gleichzeitig Referent für elsaß-lothringische Angelegenheiten ist, in Frage kommen. 3. Beibehaltung der elsaß-lothringischen Verwaltungsabteilungen für Unterricht, Kultus und soziale Versicherungen. 4. Eingliederung der Verwaltung von Justiz, Handel, Landwirtschaft und Finanzwesen in die betreffenden Zentralverwaltungskörper. 5. Abschaffung der Elsaß-Lothringen beratenden Komitees und Einsetzung eines neuen Komitees in Paris, das aus von der Regierung ernannten elsässischen und lothringischen Bürgern zusammengesetzt sein soll. 6. Die Frage des Konkordats über das elsaß-lothringische Schulwesen soll dem Staatsrat zur Prüfung unterbreitet werden.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Der Streik auf den österreichischen Bundesbahnen ist vollständig. Die Streikleitung hat lediglich Lebensmittelzüge mit leichtverderblichen Waren für den Verkehr freigegeben; dagegen wurden Kohlenzüge vom Verkehr ausgeschlossen. Die Geschäfte der Verwaltungskommission der Bundesbahnen werden weitergeführt. Die Vertreter der Konsumenten haben mit der Streikleitung Fühlung genommen, um genaue Bestimmungen für die sichere Durchführung der Lebensmittelzüge, insbesondere der Milchzüge, zu vereinbaren. Auch ein Notverkehr durch Arbeiter- und Schülerzüge in der Umgebung Wiens ist vorgesehen. Dagegen ist der Durchgangsverkehr, auch der internationale Personen- und Güterverkehr vollkommen stillgelegt. Die Züge aus den benachbarten Staaten, so aus Deutschland, Italien, Ungarn, der Tschechoslowakei verkehren nur bis zu den Grenzstationen.

Es finden bereits Verhandlungen mit den Eisenbahnern statt, um den fern von Wien weilenden Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, durch Sonderzüge zu der für Dienstag vorgesehenen Sitzung des Nationalrats nach Wien zu kommen. Voraussichtlich wird die christlich-großdeutsche Mehrheit die Regierung Seipel, die Sonnabend offiziell ihre Demission dem Bundespräsidenten überreichte, wiederwählen.

*

Seipels Kampfparole: die Sanierung.

Vor Pressevertretern erklärte der zurückgetretene Bundeskanzler Seipel, daß sich die Regierung nicht gegen die Lohnforderungen, sondern gegen den Geist, aus dem diese Forderungen erhoben würden, gewendet und die Demission gegeben habe. Die Bundesbahnangestellten müßten ebenso wie die Bundesangestellten davon Kenntnis nehmen, daß die Beamtenschaft alle Einzelinteressen zurückzustellen hat, bis das Sanierungswerk abgeschlossen ist. In der Sitzung des Nationalrats am nächsten Dienstag werde die bisherige Regierung von ihrem Rücktritt Mitteilung machen. Zur Neuwahl der Regierung werde der Nationalrat erst wieder zusammentreten, wenn alle Voraussetzungen dazu gegeben seien. Unter diesen Voraussetzungen versteht der Bundeskanzler die Beendigung des Eisenbahnerstreiks. Zunächst müsse der Lohnkonflikt mit den Eisenbahnern aus der Welt geschafft werden und allen Kreisen die Erkenntnis kommen, daß das Sanierungswerk Deutschösterreichs durch keine Aktionen mehr gestört werden darf. Die zurückgetretene Regierung werde, ehe sie sich zur Wiederwahl stelle, Garantien verlangen, daß das Sanierungswerk ungestört fortgesetzt werden kann.

Seipel sucht den Spieß umzudrehen und aus dem wirtschaftlichen Kampf der Eisenbahner eine Mobilmachung des Bürgertums gegen die Gewerkschaften, d. h. gegen die Arbeiterbewegung überhaupt zu machen. Wie weit er damit kommt, ist um so zweifelhafter, als die christlichsozialen und großdeutschen Eisenbahner, die Parteigenossen der Regierung, den Streik vereint mit unseren Genossen führen. Die Parole Sanierung ist auch nicht neu, sie hat schon bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1923 ihre Rolle gespielt und die starke Belastung der negativen Sanierungsseite, der umfangreiche und bei der Höhe der Abfindungen und Pensionen finanziell nutzlose Beamtenabbau, die Drosselung der Kulturausgaben, die starke Verminderung des Exports — das alles hat die Abneigung gegen die Sanierung um so mehr gestärkt, als mit ihr der Verzicht auf die Finanzhoheit des Staates verbunden ist. Außerdem steht ihr das glänzende Beispiel der sozialdemokratisch verwalteten Stadt Wien gegenüber, die sich aus eigener Kraft, durch Besitz- und Luxussteuern so saniert hat, daß ihre Leistungen von Fachmännern aller Länder bewundert werden.

Unveränderte Streiklage.

In der Streiklage ist im wesentlichen heute nachmittag keine Aenderung eingetreten. Nur das Personal der elektrischen Bahnen nach Preßburg hat sich im Laufe des gestrigen Abends der Bewegung angeschlossen. Dagegen hat der Automobilverkehr jeglicher Art nach den Grenzstationen an Umfang zugenommen. Auch auf der Donau sollen mehr Personendampfer in Dienst gestellt werden. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tageblatts" teilt die Postgewerkschaft mit, daß ihre Forderung nach Erhöhung der Wirtschaftsprämie, worüber schon mehrfach verhandelt wurde, von der Verwaltung unter dem Hinweis auf die finanzielle Lage in ablehnendem Sinne beschieden worden ist. Die Gewerkschaft habe diese Erklärung in Kenntnis genommen und ihre Forderung voll aufrecht erhalten.

Die Internationale der Chauvinisten.

In zwei Dingen sind die Chauvinisten aller Länder anscheinend einig: in der Absicht, bei nächster Gelegenheit die Welt in ein neues „Stahlbad" zu schicken, und in dem internationalen Wühlen und Intrigieren gegen jede sozialistische Regierung, in welchem Lande es auch sei. Die dänische Sozialistenregierung kann das neueste Lied darüber singen. Ihr Abrüstungsplan hat die dänischen Chauvinisten nach internationaler Hilfe signalisieren lassen. Prompt ist sie erfolgt.

„Temps" und „Matin", sich aufspielend, als wären sie nicht die Organe der Poincaréschen Opposition, sondern französische Regierungsorgane, beschwören „das dänische Volk" — das sie von 64 über 70 bis 1921 so schön im Stiche ließen — doch ja nicht abzurüsten, sondern sich gegen das „revanchelüstige" Deutschland so stark wie möglich zu bewaffnen. Warschauer Chauvinisten fielen — sicher zum Entsetzen des für eine deutsch-polnische Verständigung redenden polnischen Außenministers — sofort in die gleiche Melodie ein und die norddeutsche halbseparatistische Reaktion des „Schleswig-Holstein-Bundes" besorgt den dänischen, französischen usw. Chauvinisten neuen Brennstoff für das deutsch-dänische Erbfeindfeuerchen, indem sie die deutsch-dänischen Schulverhandlungen verurteilt und in einer Entschließung ihre Ablehnung für die Zukunft fordert.

Der internationale Chauvinismus weiß politische Tatsachen sehr raffiniert für seine Zwecke einzufangen. Als der polnische Kriegsminister Sikorski kürzlich nach Paris fuhr, um einen neuen polnischen Pump anzulegen für einen polnischen Kriegshafen und Unterseebootsbasis, wurde er — mit oder ohne seinen Willen — gegen die Regierung Stauning ausgespielt. Unwidersprochen von polnischer amtlicher Seite wurde behauptet, der dänische Abrüstungsplan hätte diese Reise verschuldet. Polen müsse für den Fall eines abgerüsteten Dänemarks eine U-Bootsflotte besitzen, um eine Sperrung des Ostseeeinganges durch „feindliche Mächte" zu verhindern. Dänemarks Pflicht sei, militärisch sich so stark zu machen, daß es Frankreich die Ostseeeingänge zur Erfüllung seines Militärbündnisses mit Polen offenhalten könne. Der „Matin" winkt Dänemark im Falle einer stärkeren Rüstung statt Abrüstung deutlich mit einem allergnädigsten französisch-dänisch-polnischen Bündnis. Da weder Herriot noch Stauning für solche neue Einkreisungspolitik zu haben wären, ist der Kern dieser frommen Wünsche klar: Weg mit Herriot, weg mit Stauning, weg mit allem, was nach europäischer Verständigung aussieht.

Der deutschnationale Reichstagskandidat v. Tirpitz darf sich die Ehre zurechnen, den Vorwand für diese französisch-polnischen „Aengste" der Sperrung der Belte geliefert zu haben mit seiner 1914 an Dänemark wider die auch von Deutschland anerkannten dänischen Neutralitätsregeln gerichteten Forderungen der Sperrung des großen Belts mit Minen. Man kann sich denken, welche Freude es in Poincaré-Paris und Korfanty-Warschau gegeben hätte, wenn er oder seine Freunde in die deutsche Reichsregierung gelangt wären!

Diese Freude wurde zu Wasser, aber man kann ja ebensogut im „Temps" oder „Kurjer Polski" schreiben, daß die Wahlaussichten der Deutschen Rechten glänzende sind. Der Kampf gegen die Abrüstung, und sei es auch die des kleinen Dänemark, geht weiter. Was die dänischen Chauvinisten nicht allein schaffen, soll Pariser und Warschauer „öffentliche Meinung", sollen polnische Kriegsministerien und deutsche Chauvinistentaten oder ihre Resolutionen fertigbringen. Der eine gibt dem andern das Stichwort: die Zusammenarbeit der chauvinistischen Internationale ist vorzüglich — soweit ihr die Völker Europas nicht das Heft aus der Hand nehmen.

Eine Säule ist schon geborsten: die schwedische Unterstützung durch konservative Ministerreden gegen Dänemarks Abrüstung ist durch den Wahlsieg der schwedischen Arbeiterschaft erledigt. Daß in Paris die Chauvinisten nur Opposition sind, ist ebenso peinlich! Es bleibt deshalb die Hoffnung auf die deutschen Brüder im Nationalismus. Wird auch sie zerschlagen, und sie kann am 7. Dezember zerschlagen werden, dann ist die chauvinistische Internationale nur noch ein Stammtisch ehemaliger Regierungsorgane und abgetakelter Generale. Dann können die Giftspritzer gegen Verständigung und Abrüstung nicht mehr die deutsch-dänische Nachbarschaft verpesten. Nicht zuletzt in Berlin liegt die Entscheidung, ob der dänische Abrüstungsplan Tatsache wird oder nicht. Zwei politische Möglichkeiten gibt es für Deutschlands Außenpolitik: Herriot, Stauning und Schwarz-rot-gold, oder Poincaré, dänisch-konservativ und polnisch-nationalistisch gegen ein Ludendorff-Tirpitz-Deutschland. Das deutsche Volk hat die Wahl. Es ist Herr über seine Stellung in Europa, mitbestimmend über die Stellung Europas zu ihm.

Herriots Verständigungspolitik.

In der Streiklage ist im wesentlichen heute nachmittag keine Aenderung eingetreten. Nur das Personal der elektrischen Bahnen nach Preßburg hat sich im Laufe des gestrigen Abends der Bewegung angeschlossen. Dagegen hat der Automobilverkehr jeglicher Art nach den Grenzstationen an Umfang zugenommen. Auch auf der Donau sollen mehr Personendampfer in Dienst gestellt werden. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tageblatts" teilt die Postgewerkschaft mit, daß ihre Forderung nach Erhöhung der Wirtschaftsprämie, worüber schon mehrfach verhandelt wurde, von der Verwaltung unter dem Hinweis auf die finanzielle Lage in ablehnendem Sinne beschieden worden ist. Die Gewerkschaft habe diese Erklärung in Kenntnis genommen und ihre Forderung voll aufrecht erhalten. Ueber die Wiederaufnahme von Verhandlungen der Bundesbahndirektion mit den Eisenbahnergewerkschaften verlautet auch heute noch nichts. Dagegen finden über den Notverkehr fortgesetzt Besprechungen statt, welche infolge der sich dadurch ergebenden dauernden Fühlungnahme beider Parteien wohl die Möglichkeit für aussichtsvolle Anregung zur Beilegung des Konflikts selbst bieten.

Die internationale Abrüstungskonferenz.

In Völkerbundkreisen herrscht jetzt die Ansicht vor, daß die Ratifikation des Sicherheitsprotokolls durch die neue englische Regierung nicht gefährdet ist, da hierüber schon private Zusicherungen vorliegen. Außerdem rechnet man in Genf mit der Ernennung Cecils zum englischen Völkerbunddelegierten. Cecil wäre die beste Garantie für die weitere Stetigkeit des englischen Völkerbundkurses.

Die technischen Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz, die im Januar in Paris stattfinden soll, haben bereits in London begonnen und werden so gefördert werden, daß dem Völkerbundrat bei seinem Zusammentritt in Rom schon fest formulierte Vorschläge gemacht werden können. Eine besondere Bedeutung für den Völkerbund erhält auch die für Januar in London geplante Tagung der zweiten Internationale, auf der das Protokoll des Völkerbundes den Hauptverhandlungsgegenstand bilden wird. Einer der drei Berichterstatter wird Leon Blum sein.

Jaurès Ueberführung ins Pantheon.

Für die feierliche Ueberführung der sterblichen Ueberreste Jaurès' in das Pantheon ist nunmehr folgendes offizielle Programm festgesetzt worden: Die Einbalsamierung auf dem Friedhofe in Albi findet am 21. November in Anwesenheit des Unterrichtsministers und des Arbeitsministers als Vertreter der Regierung sowie von Delegierten von Kammer und Senat, des Generalrats und der städtischen Behörden statt. Die Ueberführung der Leiche zum Bahnhof erfolgt in einem offenen, rot ausgeschlagenen Wagen. Der Sarg selbst wird mit einer Draperie in französischen Farben bedeckt sein. Auf der Fahrt nach Paris wird die Leiche von den Delegationen der Regierung, des Parlaments und der sonstigen öffentlichen Körperschaften begleitet werden. In Paris selbst wird der Sarg zunächst in feierlichem Zuge nach der Deputiertenkammer gebracht werden, wo er vom Morgen des 22. bis zum nächsten Tage in der äußeren Vorhalle aufgebahrt werden wird. Die Ueberführung ins Pantheon erfolgt am Nachmittag des 23. November. Der Trauerzug nimmt seinen Weg über die großen Boulevards und die Rue Montmartre, wo das Restaurant liegt, in dem Jaurès die Kugel des Mörders getroffen hat und wo eine kurze Gedächtnisfeier stattfinden soll. Die Trauerrede bei der Beisetzung im Pantheon wird Ministerpräsident Herriot halten.

Deutschvölkische Vandalen. Nach einer Meldung aus Hersfeld ist in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag ein Einbruch in die dortige Synagoge verübt worden. Zwei große Fenster des Gotteshauses sind beschädigt, während das dritte vollständig demoliert worden ist. Der am heiligen Schrank befestigte große Vorhang mit wertvollen Stickereien wurde abgerissen und in die Fulda geworfen. Auch die heilige Bundeslade ist beschädigt. Die vier Täter, von denen drei Mitglieder einer deutschvölkischen Organisation sind, wurden ermittelt und verhaftet.

Kommunistischer Nationalismus.

Die Kommunisten sind im Reich in größter Verlegenheit um eine zugkräftige Wahlparole. Seit der Stabilisierung der Mark und der stetigen Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse wissen sie nicht mehr, wie sie ihre Anhänger an sich fesseln sollen. Also wird den Völkischen und Deutschnationalen der Rang abgelaufen, indem man versucht, sie in flachstem Nationalismus zu übertrumpfen. Durch Aufstachelung der nationalistischen Instinkte bei den Dümmsten der Dummen glauben sie, für sich noch etwas retten zu können.

Die letzte Nummer des „Roten Stern", der illustrierten Beilage der kommunistischen Presse, ist ein klarer Beweis, mit welchen Mitteln die Kommunisten arbeiten. Hier finden sich drei Bilder. Das erste zeigt das Filmkind Jackie Coogan bei der Besichtigung einer deutschen Lokomotive. Der kommunistische Begleittext lautet: „Der amerikanische Dollarmillionär als Gast der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft. Er gehört zu den Aufkäufern der deutschen Eisenbahnaktien und wird mit einigen amerikanischen Bankiers der Besitzer der deutschen Reichseisenbahnen." Auf dem zweiten Bild sieht man den Zeppelin über Neuyork. Dazu heißt der erläuternde Begleittext: „Das Zeppelinschiff auf seiner Sklavenfahrt nach Amerika. Das Schiff wurde als Kriegskontribution an Amerika geliefert. Diese „Heldentat" (also die Ablieferung als Kriegskontribution, nicht die technische Leistung der Ueberfahrt. D. Red.) wurde von den „freien deutschen Republikanern" als deutscher „Sieg" gefeiert." Endlich wird den kommunistischen Lesern zum dritten Bild: der Luftschiffhalle in Friedrichshafen, versichert: „die auf Befehl der französischen Herriot-Regierung, der Verbündeten der deutschen Sozialdemokratie und des Reichsbanners Schwarzrotgold zerstört werden soll."

Das beschämendste an dieser Konkurrenz gegen die Hitlerei ist und bleibt, daß die Gesinnungslumpen und Verleumder, die diese „Aufklärung" des Volkes auf dem Gewissen haben, der Arbeiterschaft so etwas zu bieten wagen. Arbeiter, wie lange soll dieser Zustand noch andauern?

Auflösung des südslawischen Parlaments. Die Belgrader Regierung hat beschlossen, die Skuptschina am 15. d. Mts. aufzulösen und die Neuwahlen für den 10. Februar 1925 auszuschreiben.

Ein Kriegsbeschuldigtenprozeß in Nancy. Vor dem Schwurgericht Nancy begann die Verhandlung gegen den französischen Staatsangehörigen Elsässer Lohmann, der beschuldigt wird, während des Krieges als Krankenpfleger des 166. deutschen Infanterieregiments einen verwundeten französischen Soldaten durch einen Revolverschuß getötet zu haben. Als Hauptbelastungszeuge gegen Lohmann tritt ein Elsässer namens Müller auf, der mit ihm diente, und der jetzt ebenfalls französischer Staatsangehöriger ist. Lohmann behauptet, er habe aus Scherz in die Luft geschossen. Lohmann, der kriegsverletzt ist, ist zurzeit in einer Fabrik in Herbitzheim beschäftigt.

Internationale Konferenz zur Berufsberatung. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und der Schweiz haben im September in Toulouse eine Konferenz für Berufsberatung abgehalten. Es wurde auf Grund der tschechischen, französischen und schweizerischen Statistik festgestellt, daß gegenwärtig überall ein riesiger Andrang zur Mechanik, Elektrizität, Maschinen- und Metallfabrikation besteht, wogegen ein Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern vorhanden ist. Ueberall sind die freien Berufe überfüllt. Auf dem Kongreß behandelte man die Fragen der Auswahl und Ausbildung der Berufsberater, die Nützlichkeit der Untersuchungen (Tests) zur Berufseignung, die Rolle der Schule, beziehungsweise der Lehrer bei der Berufsberatung, endlich die Einstellung der Berufsberatung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Ausbildung der Berufsberater erfolgt in Belgien in besonderen Lehrkursen, nach deren Beendigung auf Grund einer Prüfung ein Diplom verliehen wird. In diesen Kursen wird Arbeitspsychologie, Betriebslehre, Arbeiterschutz, Sozialgesetzgebung unterrichtet. In Frankreich, wo gegenwärtig 30 Berufsberatungsstellen tätig sind, werden Aerzte, Lehrer, Schuldirektoren, besonders aber die Leiter der Arbeitsnachweise zu Berufsberatern gewählt. In bezug auf die Bestimmung der Berufseignung stellt der Kongreßbeschluß fest, daß diese sich in erster Linie auf die Eignung in körperlicher und nervöser Hinsicht erstrecken soll, weniger auf geistige Fähigkeiten und Charaktereigenschaften. Die Rolle der Volksschule in bezug auf die Schaffung einer geeigneten Grundlage für die Berufswahl wurde in sehr lehrreichen Vorträgen auseinandergesetzt. Ein Beschluß fordert die Verbindung der Berufsberatung mit den Arbeitsnachweisstellen.

Franz Werfel am Vortragstisch.

Für die gestrige 3. literarische Morgenfeier im Stadttheater hatte man Franz Werfel eingeladen, der wohl hauptsächlich a conto seines „Schweiger"-Erfolges ein gutbesetztes Haus vorfand. In Werfel begegnete man an dieser Stelle zum ersten Male einem wesentlichen Repräsentanten jüngster Dichtung. In ihm verkörpert sich die Sehnsucht der neuen Generation nach dem neuen Ausdruck. Werfel ist in dieser Gruppe immer ein Besonnener gewesen. Er hat niemals die lächerlichen Manieren der wilden Wortzerbrecher mitgemacht und sich auch stets als maßvoller Expressionist bewiesen. Das Jahrzehnt, das seinen Namen groß werden ließ, sah ihn oft auf recht [illegible] Wegen („Gerichtstag", „Der Spiegelmensch"), über denen er in seinem jüngsten Verdi-Roman das Ziel zu ruhiger Größe gefunden zu haben scheint. Ueber seinem gesamten Schaffen steht in großen Buchstaben das Wort „Menschenliebe". Aus dieser Menschenliebe gebar sich sein [illegible] Erstling, das Gedichtbuch „Der Weltfreund". Die Klänge, die Töne, die er darin anschlug, waren so neu, so schlicht, so groß, daß das Echo auf dieses Buch ein [illegible] Triumph war. Man glaubte in ihm den großen Propheten der Menschheitsidee gefunden, den Dichter, der berufen sei, die im Haß erniedrigte Menschheit zu Liebe und Versöhnung zu führen. Was dann seine folgenden Gedichtbücher enthielten, [illegible], was man im „Weltfreund" als Seele, als Gefühl empfand — Technik war. Er verfiel dann völlig dem rein artistischen [illegible], wurde mehr und mehr ein [illegible] Formalist und näherte sich oft bedenklich den [illegible] Tendenzen, die wir heute glücklich überwunden zu haben scheinen. Wie weit Werfel sich heute mit seinen [illegible] Jahren von jenem entfernt hat, bewies der „Verdi". Sicher ist aber, daß er das nicht ist, wofür man ihn vor zehn Jahren hielt und [illegible] man ihn auf den Thron hob: Der neue Dichter, der uns Erlösung, das Glück des Wiedererstehens im Menschen bringen sollte. Er ist auch einer jener Suchenden, [illegible], als solcher aber unbedingt ein Dichter.

Er las außerdem noch einen außerordentlich starken Essay [illegible] aus seinem „Verdi"-Roman; dann ein Dramenfragment: „Die [illegible]", zum Schluß Hymnen und Verse aus seiner ersten Epoche. Er vermochte vermöge seines [illegible] Organs und eindringlicher Gebärde ein für diese Stadt wenig gewöhnliches Publikum bis zum letzten [illegible] in Bann zu halten, was schon etwas sagen will. Er hinterließ den Eindruck eines [illegible] Schaffens, eines großen sprachlichen Bildners. Aber in keiner Sekunde vermochte der Funke, der aus seinen Werken sprang, zu zünden: unverkennbar blieb der [illegible] Manier des Werkes, dessen glühende, oft entrückte Geste nicht darüber hinwegzutäuschen vermochte, daß ihm das Letzte fehlt: Der Schlag des Herzens!

Willibald Omankowski.

*

Der Zigeunerbaron.

Danziger Stadttheater.

Eine vom vollbesetzten Hause mit lautem Beifall aufgenommene Aufführung des „Zigeunerbaron", die sich als „neu einstudiert" bezeichnete, verlief als eine norddeutsch-phlegmatische, lau- und seelenlose Angelegenheit, als die sie der Kapellmeister Werner Gößling schon mit einer allem Straußschen [illegible] Ouvertüre kennzeichnete. Das war alles so [illegible]-handwerksmäßig, so brav-behaglich, so überaus [illegible] und unwienerisch, daß ich nach dem zweiten Akt die Flucht ergriff. Herr Gößling hat als Chorleiter zweifellos seine Verdienste, wie denn auch gestern die Chöre wirklich [illegible] und sauber klangen, aber am Pult, wenigstens hier beim Strauß-Johann, versagte er vollständig. Es kommt einem manchmal vor, als würden bei uns am Theater die Dinge auf den Kopf gestellt: nun haben wir in Rupert Koller glücklich einen Musiker, der wie kein Zweiter berufen ist, uns einen echten „Zigeunerbaron" vorzumachen, weil er von den Quellen kommt, und dann gibt man dieses Werk einem anderen Dirigenten, nur weil — nun weil er halt Konzert-Chef für die Operette ist. ([illegible], was?) In Szene gesetzt war das Werk von Erich Sterneck, dem Schauspiel-Regisseur, womit also der Charakter des „Zigeunerbaron" als komische Oper gewahrt wurde? Es kam denn auch was Schönes heraus dabei. Die Darstellung bewegte sich in der Richtung auf breite Posse hin. Herr Sterneck [illegible]: Der Baron muß nämlich und zwar ausgezeichnet gesungen werden. Dann [illegible] er mit den [illegible] nicht ein einziges mal, sondern [illegible] und mit einer Gelassenheit, die jedem [illegible] Ehre gemacht hätte. Und die Menge lachte zum Entzücken über solche [illegible].

Daß ein paar [illegible] der Oper eingereicht waren, machte den Vorfall nicht besser, denn einzig der Graf des Max Begemann, dessen Bariton gestern sehr schön und frisch klang, gab seiner Rolle noch [illegible], wessen sie bedurfte. [illegible] als Saffi [illegible] Töne, was man von Hilde [illegible] als Saffi beim besten Willen nicht behaupten konnte, und Gertrud Walsch mag in der ausgesprochenen Operette genügen; hier ist sie fehl am Platz.

W. O.

Der Nobelpreis für Literatur. In der schwedischen Oeffentlichkeit beginnt wieder das übliche Rätselraten über die diesjährigen Nobelpreisträger. Für den Literaturpreis, der neben dem Friedenspreis immer am meisten interessiert, dürften auch diesmal kaum Deutsche in Betracht kommen; genannt werden hierfür überhaupt nur Thomas Mann und Jacob Wassermann, welch letzterer wohl künftig die relativ größten Aussichten haben dürfte. Daneben werden aus England wieder eine Reihe der führenden Namen genannt, ferner D'Annunzio, und schließlich Gorki, für den eine gewisse Stimmung bestanden haben soll. Jedoch scheint nun an die erste Stelle der polnische Schriftsteller Wladislaw Reymont getreten zu sein, der, 1870 geboren, sein Hauptwerk, die vierbändige Romanreihe „Die Bauern", 1903 bis 1909 verfaßt hat. Das Werk hat auch in dem für die Verteilung des Literaturpreises sehr maßgebenden Akademiemitglied Professor Böök einen sehr warmen kritischen Fürsprecher gefunden. Neben Reymont gelten als ernste Kandidaten noch die Italienerin Grazia Deledda, der Spanier Blasco Ibanez, und schließlich die Norwegerin Sigrid Undset, die sicherlich, wenn auch nicht diesmal, so doch in absehbarer Zeit für ihre große Roman-Trilogie „Kristina Lavransdotter", den Nobelpreis erhalten wird.

Eine Münze, die ein Vermögen repräsentiert. Unter den Sammlern ist zurzeit wieder die Frage nach dem längst verschollenen Fünffrankstück aktuell geworden, das mit anderen Münzen gleichen Wertes Napoleon I. prägen ließ und dessen Wert heute auf eine Million Franken geschätzt wird. Um das silberne Fünffrankstück populär zu machen, hatte Napoleon erwirkt, daß in einem der Stücke eine winzige, von ihm selbst ausgestellte Anweisung bei der Münzprägung eingeschlossen würde, die dem Vorzeiger der Anweisung die Auszahlung einer Summe von 5 Millionen Frank sicherte. Infolgedessen war seit Jahren die Jagd nach diesen Stücken ein Sport geworden: man begnügte sich nicht nur damit, die Fünffrankstücke anzufeilen, sondern der Wunsch, in den Besitz der kostbaren Anweisung zu gelangen, führte viele Leute sogar dazu, die Münzen einzuschmelzen. Man muß annehmen, daß das kostbare Stück mit der Anweisung, nachdem die Fünffrankstücke aus dem Verkehr gezogen waren, seinen Weg in irgendeine Sammlung von Medaillen Napoleons gefunden hat. Wie verlautet, hat auch heute noch die französische Regierung die Pflicht, falls die Münze mit der Anweisung auftaucht, die Unterschrift zu honorieren.

Die Entscheidung im Radaune-Streit.

Das Urteil des Bezirksausschusses. — Vollständige Abweisung der Ansprüche Schichaus.

Das um die Ausnutzung der Radaune-Wasserkräfte zwischen der Stadt Danzig und der Firma Schichau geführte Streit-Verfahren ist bekanntlich am 17. Oktober in erster Instanz vom Bezirksausschuß zugunsten der Stadt entschieden worden. Jetzt sind auch die ausführlichen Beschlüsse darüber den Beteiligten schriftlich zugestellt. Bei dem großen Interesse, das diese bedeutungsvolle Begebenheit findet, sei der wesentliche Inhalt der Entscheidung hier wiedergegeben.

*

Die Ansprüche Schichaus.

Die Fa. Schichau nimmt für sich das Recht in Anspruch als Grundeigentümerin an der Radaune sowohl wie auf Grund alter Privilegien, **den Wasserlauf bei Kahlbude abzuleiten** und ihn bei Treseburg unterhalb Bölkau wieder in das alte Bett zurückzuführen. Sie hat beim Bezirksausschuß den Antrag gestellt, ihr dieses Recht im Wasserbuche sicherzustellen. Der Bezirksausschuß hat den Antrag als **offenbar unzulässig** zurückgewiesen. Der Beschluß stellt fest, daß das Grundeigentum der Fa. Schichau an der Radaune nicht den Umfang besitze, der zur Stützung des Antrages erforderlich sei, und daß aus den von der Firma vorgelegten Privileg-Urkunden, die sich nur auf einzelne, unterhalb gelegene, kleine Mühlenbetriebe bezögen, das behauptete Recht ebenfalls nicht abzuleiten sei.

Der Bezirksausschuß hat ferner **das Enteignungsverfahren hinsichtlich der im Eigentum der Fa. Schichau** stehenden Landflächen in Löblau und Bölkau, dessen Fortsetzung die Firma als unzulässig bekämpfte, fortgeführt und die **Entschädigung festgestellt**; letztere beläuft sich für die rund 300 Morgen umfassende Fläche einschl. des Entwertungsschadens des Restgutes auf 203 344,86 Gulden. Die vom Bezirksausschuß festgesetzte Entschädigung beläuft sich im Durchschnitt auf 1000 Gulden je Hektar.

Der Nutzen oder Schaden.

Schließlich ist der Stadt wiederum die **Verleihung der zum Bau des Kraftwerkes erforderlichen Wassernutzungsrechte erteilt worden.** Entscheidend war hier die Frage, ob der aus dem geplanten Kraftwerke zu erwartende Nutzen den Schaden, der den bisher Berechtigten durch die Entziehung der Wassernutzungsrechte entsteht, erheblich übersteigen wird. Der Bezirksausschuß hat diese Frage voll bejaht. Wie die sehr ausführliche Begründung des Verleihungsbeschlusses zeigt, hat er dabei alle billigerweise zu berücksichtigenden Interessen der Beteiligten in Erwägung gezogen. Insbesondere hat er sich im Einklang mit den bewährten Grundsätzen der höchsten preußischen Behörde für Rechtsprechung auf dem Gebiete des Wasserrechts, des Landeswasseramtes, auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht allein auf ziffernmäßige Berechnungen ankomme, deren Grundlagen doch nur auf schätzungsweisen Annahmen beruhen können, sondern daß auch die nicht in Zahlen auszudrückenden Interessen der Allgemeinheit an der künftigen Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft in Betracht kommen müßten. Unter Bezugnahme auf das im früheren Verleihungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht von Professor Roth erstattete, den durch das Kraftwerk verursachten Nutzen und Schaden gegenüberstellende Gutachten wird hierzu u. a. folgendes gesagt:

Die Ausführungen des Sachverständigen beweisen, daß bei der Abwägung von Nutzen und Schaden an eine pfennigmäßige Berechnung des Preises, wie er sich voraussichtlich bei der Gewinnung des elektrischen Stromes für die kWh stellen wird, nicht zu denken ist. Ferner sind die Interessen einer Stadtgemeinde mit denen eines Privatmannes überhaupt nicht zahlenmäßig in Vergleich zu stellen. Eine Privatfirma nimmt selbstverständlich den Ausbau der Wasserkräfte nur zur Erzielung eines Gewinnes vor. Bei der Stadtgemeinde kann dieser Grundsatz nicht ohne weiteres gelten, da sie in erster Linie nicht um der reinen Ueberschüsse willen ein Elektrizitätswerk betreibt, sondern zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung. Demgemäß hat auch das preußische Landeswasseramt festgestellt, daß die in § 50 Abs. 2 W. G. vorgeschriebene Abwägung von Nutzen und Schaden keineswegs eine ziffernmäßige Bestimmung dieses Nutzens und Schadens erforderlich mache, und daß es insbesondere, wenn einer der Beteiligten eine Stadtgemeinde ist, nicht richtig sei, die Vorteile der Befriedigung der Bedürfnisse der Kommunalwirtschaft allein nach dem Maßstabe des rechnungsmäßigen Ergebnisses zu prüfen, abgesehen davon, daß die Gemeinde es in der Hand habe, diese Vorteile durch Bemessung des Einzelpreises beliebig zu verändern.

Da im vorliegenden Falle eine Ermittlung des voraussichtlichen Strompreises nicht möglich, auch weder erforderlich noch zweckdienlich ist, kann der zu erwartende Nutzen des Unternehmers und Schaden des geschädigten Berechtigten nur nach Maßgabe der in Frage kommenden wirtschaftlichen Werte gegeneinander abgewogen werden, wobei die hier unzweifelhaft gegebene Voraussetzung gilt, daß die erzeugten Kraftmengen überhaupt einem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen und ihrem Preise nach absetzbar sind.

Die Fa. Schichau ist nach ihrer Angabe in der Lage, mit den genannten Triebwerken jährlich 2,7 Millionen kWh elektrischen Strom zu erzeugen. Dazu kommt noch der geringfügige Schaden, der etwa den Ufergrundstücken Schichaus durch den im städtischen Projekt vorgesehenen Stau entsteht.

„Entgangener Gewinn."

Als Schaden ist auch der entgangene Gewinn gemäß § 252 B.G.B. anzusehen. § 252 B.G.B. bezeichnet als entgangen „den Gewinn, welcher nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen, insbesondere nach den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte". Die Fa. Schichau ist nun der Ansicht, daß sie ihre Stromerzeugung ohne Abänderung der bisherigen Stauhöhe durch technische Verbesserung des Antriebes und durch Einbau besserer Turbinen bis auf 4 Millionen kWh jährlich erhöhen könnte und daß eine solche Verbesserung nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge von ihr vorgenommen werden würde. Die Stadtgemeinde Danzig bestreitet demgegenüber, daß Schichau neue Turbinen ohne Genehmigung des Senats einbauen könnte, der Senat würde dieses auf Grund des § 1 Abs. 4 des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes verbieten; Schichau hält ein solches Verbot für unzulässig, da die erwähnte Vorschrift des Elektr.-Wirtschaftsgesetzes nur dann anwendbar sei, wenn der Staat, nicht die Stadtgemeinde Danzig, die Wasserkraft in seine Elektrizitätswirtschaft einbeziehen würde. Gegenüber dieser Unterscheidung kann eingewendet werden, daß nach dem Wortlaut des E. W. G. es nicht erforderlich ist, daß der Staat Eigentümer der Kraftanlage wird, sondern daß es genügt, wenn diese in die staatliche Elektrizitätswirtschaft, d. h. in die staatliche Kontrolle einbezogen wird. Aber auch bei einer anderen Beurteilung, die zu einer Mitberücksichtigung der Ausbaufähigkeit der einzelnen Anlagen führen würde, wäre nur ein Schaden Schichaus, der durch den Verlust von ca. 4 Millionen kWh jährlich beziffert wird, zu Grunde zu legen.

Die Firma Schichau will weiter als entgangenen Gewinn ihr eignes Projekt vom 6. September 1924 angesehen wissen, für das sie die Sicherstellung beim Bezirksausschuß beantragt hat. Dieser Sicherstellungsantrag ist durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 17. Oktober 1924 mangels der gesetzlichen Erfordernisse als offenbar unzulässig zurückgewiesen worden. Nun würde die Firma Schichau jedoch, wie in dem Beschluß ausgeführt ist, auch ohne Sicherstellung die Möglichkeit haben, die Radaune von Unterkahlbude bis oberhalb Straschin-Prangschin abzuleiten, wenn ihr in dem Unterkahlbuder Werkgraben ein Wasserrecht in dem von ihr behaupteten Umfange zustände und wenn sie auf der weiteren Strecke Vereinbarungen über die Wassernutzung mit sämtlichen anderen Anliegern getroffen hätte. Zur Ausführung der Bauten würde sie allerdings immer noch der wasserpolizeilichen Genehmigung nach § 22 des Wassergesetzes und der gewerbspolizeilichen Genehmigung bedürfen. Die Stadtgemeinde Danzig bestreitet, daß diese Voraussetzungen vorliegen, sie behauptet, daß die Vereinbarungen mit den Anliegern nicht lückenlos seien und führt aus, die vorliegenden Vereinbarungen dürften nicht für die Schadensabwägung in Betracht gezogen werden, da sie erst kürzlich von den Anliegern erkauft worden seien.

Die inzwischen und noch nach Einreichung des städtischen Projektes erkauften Vereinbarungen mit den Anliegern, ohne welche dem Schichauschen Recht jede Stütze fehlt, sind nicht geeignet, bei der Schadensberechnung in die Wagschale geworfen zu werden.

Nutzlose Projekte.

Auch abgesehen hiervon ist der Bezirksausschuß der Ansicht, daß die Firma Schichau nicht mehr daran denken konnte, ein Projekt, wie sie es unter dem 6. September 1924 aufgestellt und mit einem Sicherstellungsantrage dem Bezirksausschuß vorgelegt hat, auszuführen. Nach der bekannten Stellungnahme des Senats ist nicht daran zu zweifeln, daß er die Ausnutzung der im Danziger Gebiet vorhandenen Wasserkräfte niemals einer Privatfirma überlassen wird, und daß er soweit nach dem bestehenden E.W.G. der Ausbau nicht verhindert werden kann, als Eigentümer der öffentlichen Straßen den Vertrieb des elektrischen Stromes an Private verhindern würde. Die Firma Schichau selbst kann aber in ihren eigenen gewerblichen Anlagen nur einen kleinen Bruchteil der aus der Wasserkraft erzeugbaren Strommengen verbrauchen. Auch die großen Bedenken gegen die Wirtschaftlichkeit des Schichauschen Planes sprechen dafür, daß Schichau nicht ernstlich an die Ausführung dieses Projektes gedacht haben kann, sondern es nur, um einen ungewöhnlich hohen Schaden nachzuweisen, zur Sicherstellung eingereicht hat. Aus allen diesen Gründen konnte, auch falls der Firma Schichau der lückenlose Beweis ihres Ableitungsrechtes gelingen würde, ihr Projekt nicht als entgangener Gewinn betrachtet werden.

Die großen Vorteile.

Als Schaden Schichaus war demnach nur der Verlust von zirka 4 Millionen kWh ährlich und die geringfügige Schädigung der Ufergrundstücke anzusehen.

Dieser Schaden wird aber erheblich überstiegen durch den Nutzen, der durch die Ausführung des städtischen Projektes zu erwarten ist. Schon aus der Tatsache, daß hier rund 14 Millionen kWh jährlich gewonnen werden gegenüber einem Verlust von 4 Millionen kWh, geht wirtschaftliche Ueberlegenheit hervor. Allgemein betrachtet, besteht der Nutzen eines solchen Werkes darin, daß es als Betriebsstoff statt der Kohle die von der Natur geschaffenen, mithin kostenlosen Wasserkräfte benutzt und daß die Anlagen Ewigkeitswerke darstellen, die in absehbarer Zeit einer Erneuerung nicht bedürfen, während bei einem Dampfelektrizitätswerk ein erheblicher Verschleiß von Maschinen in Rechnung gestellt werden muß.

Besonders groß ist der Nutzen der Stadtgemeinde Danzig dadurch, daß die Wasserkraftanlage mit einer vorhandenen Dampfkraftanlage gekuvelt wird; es kann dann bei starker Wasserführung ein Teil des Dampfwerkes stillgelegt, Kohle gespart und das Wasser voll ausgenutzt werden. Sind so die Mängel eines Wasserkraftwerkes möglichst ausgeschaltet, so ist auch noch von Bedeutung, daß die Wasserkraft auch zur Deckung des Spitzenbedarfs dient.

Die Abwägung muß hiernach zu dem Ergebnis führen, **daß der Nutzen, den das Radaunekraftwerk nach dem durch Verleihungsbeschluß vom 17. Oktober 1924 genehmigten Projekt haben wird, den Schaden der Firma Schichau bei weitem übersteigt.** Die Einwendungen der letzteren können daran nichts ändern. Zunächst ist es nicht erfindlich, weshalb die Firma Schichau das städtische Projekt für unwirtschaftlich hält, ihr eigenes Projekt, das annähernd dieselben Kosten bei geringerem Nutzeffekt verursachen würde, für besonders wirtschaftlich. Der Umstand, daß Danzig für den Erwerb des Geländes und die Stillegung der Schichauschen sechs Triebwerke eine Enteignungssumme zahlen muß, ist nicht von Belang. Denn auch, wenn der Unternehmer Eigentümer dieser Enteignungsobjekte wäre, müßte er einen der Enteignungssumme etwa gleichstehenden Betrag als Verlust in seine Rechnung einsetzen."

Ueber den **Gesichtspunkt des öffentlichen Wohles** wird weiterhin in der Entscheidung des Bezirksausschusses noch folgendes gesagt:

Das öffentliche Wohl.

„Der Ausbau der Radaunewasserkraft macht die Stadt Danzig und große Teile des übrigen Staatsgebietes unabhängig von der Belieferung mit Kohle aus dem Auslande. Bei Stockung der Kohlenzufuhr aus Oberschlesien oder über See ist dieser Umstand von erheblicher Bedeutung für das öffentliche Wohl. Die Ersparnis an Kohlen, deren Gegenwert in das Ausland geht, hebt ferner die Handelsbilanz des Freistaates. Schließlich erschien es nicht angebracht, einer Privatperson durch die Erlaubnis zum Ausbau fast der gesamten vorhandenen Wasserkräfte ein Monopol in die Hand zu geben, durch das sie in die Lage versetzt wird, elektrischen Strom nach ihrem Belieben an die Interessenten abzugeben und ihnen zu entziehen und die Strompreise nach ihrem alleinigen alleinigen Interesse festzusetzen. Liegt die Verwaltung der Elektrizitätsquellen in der öffentlichen Hand, so wird sie nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit und unter deren Kontrolle geregelt, so daß einzelne Abnehmer stets die Möglichkeit haben, ihre berechtigten Ansprüche auf Stromversorgung durchzusetzen. Die Verleihung des Wasserentnahmerechts an die Stadt Danzig liegt also auch in dieser Hinsicht im öffentlichen Wohle."

Die Festsetzung der Entschädigung für die verliehenen Wasserentnahmerechte ist in ein besonderes Verfahren verwiesen worden, weil zur Zeit der Beschlußfassung noch nicht mit Sicherheit zu übersehen war, in welcher Höhe der Fa. Schichau und anderen Berechtigten ein Schaden entstehen wird, der im Verleihungsverfahren zu berücksichtigen ist.

Der Bezirksausschuß hat der Stadtgemeinde auch dieses Mal, wie bereits in früheren Verfahren, die Erlaubnis erteilt, **sofort mit den Bauten im Wasserlaufe zu beginnen** und die bereits begonnenen fortzusetzen; nur dürfen durch diese Arbeiten die zurzeit noch der Fa. Schichau gehörigen Triebwerke an der Radaune nicht beeinträchtigt werden, bevor nicht die Entschädigung für diese Werke festgesetzt und gezahlt worden ist.

*

Die Fertigstellung der Anlage.

Die durch die Beschlüsse des Bezirksausschusses geschaffene Rechtslage gestattet der Stadtgemeinde, die unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeiten im Flußlaufe zu veranlassne. Mit den Erdarbeiten auf den Enteignungsflächen wird aller Voraussicht nach ebenfalls im Laufe der nächsten Woche begonnen werden können, sodaß noch vor Eintritt stärkeren Frostes mit einer wesentlichen Förderung des Unternehmens gerechnet und die **Inbetriebnahme des Werkes bis zum Spätherbst 1925** erwartet werden darf, wenn, wie angenommen werden kann, die noch schwebenden Rechtsverfahren und die gegen die Entscheidungen des Bezirksausschusses zulässigen Rechtsmittel zu Entscheidungen in einem der Stadt Danzig günstigen Sinne führen.

Die völkerrechtliche Stellung Danzigs.

Eine Entscheidung des Oberkommissars.

Am 22. Juli 1922 haben die Freie Stadt Danzig und Polen einen Vertrag in Sachen der Einführung von neuen Tarifen, Tarifänderungen und Tariferhöhungen auf den im Gebiete der Freien Stadt Danzig von Polen verwalteten Eisenbahnen unterzeichnet. Dieser Vertrag soll nach seinem § 8 an dem Tage in Kraft treten, an welchem die Ratifikationsurkunden der beiderseitigen Regierungen in Danzig gewechselt worden sind. Danzig hat die übernommene Verpflichtung erfüllt. Der im Vertrage vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden hat bisher nichtnicht stattgefunden, weil die Republik Polen die Vornahme des Austauschs verweigert. Die Danziger Regierung, welche auf eine endgültige Klärung des Rechtscharakters der zwischen ihr und Polen geschlossenen Verträge besonderen Wert legt, hat sich deshalb genötigt gesehen, die Entscheidung des Hohen Kommissars anzurufen. Durch Note vom 30. April 1924 an den Hohen Kommissar des Völkerbundes beantragte der Senat durch Entscheidung festzustellen, daß Verträge zwischen Danzig und Polen Staatsverträge im Sinne des Völkerrechts sind, die zu ihrer Wirksamkeit grundsätzlich der im zwischenstaatlichen Verkehr üblichen Ratifikation bedürfen, und bei deren Abschluß und Formulierung auch im übrigen die völkerrechtlichen Normen und Gepflogenheiten Anwendung zu finden haben.

Der Oberkommissar führt in seiner Entscheidung aus:

Die polnisch-danziger Beziehungen sind zwischenstaatliche Beziehungen, aber von so besonderer Art, daß sie es nicht zulassen, daß das normale internationale Verfahren notwendigerweise auf sie angewandt werden muß;

mit Rücksicht auf diese Beziehungen sind Zahl und Art von Vereinbarungen oder Verträgen, welche zwischen Polen und Danzig geschlossen sind, in größerer Zahl und von verschiedenartiger Natur gegenüber den Vereinbarungen, die üblicherweise zwischen Staaten geschlossen werden;

das Verfahren, um diese Vereinbarungen in Polen in Wirksamkeit zu bringen, ist in erster Linie Angelegenheit der polnische Regierung, vorausgesetzt, daß das Verfahren der Freien Stadt Gewähr dafür bietet, daß die Vereinbarungen nach polnischem Gesetz gesetzlich gültig sind;

Danzig ist ein Staat im internationalen Sinne des Wortes und ist zum Gebrauch von Ausdrücken, welche diese Tatsache erkennbar machen, berechtigt;

da eine bestimmte Verpflichtung zur Ratifizierung des in Frage stehenden Abkommens eingegangen ist, muß diese Verpflichtung erfüllt werden. Die sehr ausführlich gehaltenen Gründe der Entscheidung, welche für die völkerrechtliche Stellung des Staates Danzig von großer Bedeutung sein dürften, werden in kürzester Zeit veröffentlicht werden.

Die nächste Sitzung des Volkstages findet am Mittwoch, den 12. November, nachmittags 3½ Uhr. statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die Erhöhung der Renten für Kleinrentner. Die Gewährung von Beihilfen an die Witwen der Kriegsblinden. Die Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes. Vereinfachung der Urliste. Bericht des Siedlungsausschusses zum Antrag auf Auflösung der Wohnungsämter. Antrag auf Zahlung eines Vorschusses an alle Staatsbediensteten. Antrag auf Vorlage eines Arbeitstarifgesetzes. Antrag auf Einziehung der Grundwert- und Vermögenssteuer. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. Wahl von Steuerausschüssen. Erste Beratung eines sozialdemokratischen Gesetzentwurfs zur Aenderung des Preußischen Pressegesetzes vom 12. 5. 1851.

Freiwillig aus dem Leben geschieden ist Wilh. Arnold, der Herausgeber der vor einiger Zeit gegründeten und wieder eingegangenen Zeitung „Was Bollermann sagt". Der Verstorbene war von Beruf Drechsler, hat aber versucht, in anderen Berufen sein Auskommen zu finden, u. a. war er eine Zeitlang Sekretär der Deutschen Partei. Der Zusammenbruch seines Zeitungs-Unternehmens hat ihm dan die Waffe in die Hand gedrückt. Er hat sich in seiner Wohnung in Langenfuhr erschossen. A. hinterläßt Familie. — In einem Schuppen des Hauses Karthäuser Straße 108 wurde heute morgen der Arbeiter F. K. erhängt angefunden. Er war erst 22 Jahre alt.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 8. 11. 24

1 Reichsmark 1,30 Danziger Gulden
1 Zloty 1,05 Danziger Gulden.
Scheck London 25,07 Danziger Gulden

Berlin, 8. 11. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 19,1 Billionen Mk.

Danziger Produktenbörse vom 24. November. Weizen 130 Pfund 14,50—15 G., 122 Pfund 13—13,50 G., Roggen 13 G., Hafer 11,50—12 G., Viktoriaerbsen 20,— G., kleine Erbsen 10—12,50 G., (Großhandelspreise per 50 Kg. waggonfrei Danzig).

Doppeltwirkende Dieselmaschinen für Motorschiffe. Noch vor zwei Jahren wurden die doppeltwirkenden Dieselmaschinen wegen ihrer noch nicht erprobten Bauart als reine Versuchsmaschinen angesehen. Seitdem hat sich die technische Entwicklung mit bemerkenswerter Schnelligkeit vollzogen. Jetzt werden bereits 18 Motorschiffe mit solchen ausgerüstet werden, darunter Fahrgastschiffe bis zu 20 000 Tonnen Größe, und die für diese vorgesehenen Maschinen erzeugen insgesamt 180 000 PS. Der Wettstreit zwischen Zwei- und Viertakt bleibt dabei weiter bestehen, so daß die Bauarten der Schiffs-Dieselmaschinen noch um weitere Formen erweitert worden sind. Neben fünf verschiedenen Bauarten der doppelt wirkenden Dieselmotoren gibt es rund dreißig solcher von einfach wirkenden Maschinen, die sich konstruktiv wesentlich voneinander unterscheiden.

Aus dem Osten

Tolkemit. Die trostlose wirtschaftliche Lage dieses Haffstädtchens wurde in der Stadtverordnetenversammlung erörtert. Das Töpfer- und Böttcherhandwerk, das hier einst in vollster Blüte stand und der Stadt das Gepräge gab, ist fast restlos verschwunden. Es konnte den großen, aussichtslosen Konkurrenzkampf gegen die Großindustrie nicht bestehen. Auch das Fischereigewerbe, das einst den Hauptnahrungsquell der Gemeinde bildete, scheint dem nahen Untergang geweiht zu sein. Der Fischreichtum des Haffes ist in den letzten Jahren derart zurückgegangen, daß die äußerst geringen Fänge nicht lohnen. Die Frischwasserzufuhr ins Haff, eine Lebensnotwendigkeit für den Fisch, fehlt fast ganz. Das Haff verwandelt sich langsam aber stetig in einen Salzsee. Dazu kommen noch die Abwässer der Zellulosefabriken Königsbergs. Aus der Stadtverordnetenversammlung wurden dem Magistrat beachtenswerte Anregungen für die Neubelebung der eingegangenen Gewerbe der Töpfer und Böttcher gegeben. In Erwägung gezogen wurde der schon oft und vielseits gehegte Plan, einen Durchstich durch die Nehrung der zuständigen Stelle zu unterbreiten, um auf diese Weise den Ostseefischen den Weg zum Laichen in das Haff und andererseits dem Fischer den Weg in die Ostsee zu öffnen.

Königsberg. Niederlage Siegfrieds. Bei einem Ringkampfwettbewerb, wenn auch außerhalb der Konkurrenz, konnte Petrowitsch durch Hüftschwung Siegfried auf die Matte legen, nachdem vorher Siegfried vergeblich Untergriff angesetzt hatte.

Königsberg. Ein kommunistisches Waffenlager. Die vierte Strafkammer des Reichsgerichts verhandelte gegen Fritz Seeger, Ernst Krüger, Richard Böhnke, Gustav Soden, und Johannes Lock, sämtlich aus Königsberg, die der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt waren. Im März hatte die Kommunistische Partei in einem Hause der Hindenburgstraße in Königsberg ein Waffenlager angelegt, das in den folgenden Tagen wieder in einzelnen Transporten weggeschafft wurde. Am Sandgraben wurde der letzte Transport von einem Wachtmeister angehalten. Seeger gab bei dieser Gelegenheit auf den Wachtmeister mehrere Revolverschüsse ab. Der Leiter des Unternehmens war ein gewisser Schwagerus, der nicht ergriffen werden konnte. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte gegen Seeger auf 5 Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden: Krüger zu einem Jahr drei Monate und 150 Mark Geldstrafe, Böhnke zu 8 Monaten und 100 Mark Geldstrafe, Lock zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Königsberg. Der Diebesunterschlupf am Artillerie-Unterstand. Eine Diebesgeschichte, an Wildwest erinnernd, erregt in Ostpreußen viel Aufsehen. Im Juli und August wurde den Besitzern viel Vieh gestohlen. Die Rinder verschwanden stets aus dem Weidegarten in der Nacht. Nach vielen Bemühungen hat jetzt Oberlandjäger Wilder in Saalfelden den Diebesherd entdeckt. Die Spuren führten stets durch die Forst nach Gallbraken und hörten dort auf. Jetzt entdeckte man in der Trappöner Forst einen gut ausgebauten ehemaligen Artillerie-Unterstand, in dem jetzt Diebesgenossen ihre Beratungen abhielten.

Stettin. Der Pommersche Landbund baut ab! Mit dem Pommerschen Landbund geht es bergab. Eine schwere Krankheit hat ihn heimgesucht, der Mitgliederschwund. Schon lange haben große Teile der Landbundanhänger einsehen gelernt, daß sie ja nur als Vorspann für die ganz wo anders liegenden Interessen der Großagrarier benutzt werden. Dazu kommen noch die vielfachen Skandale und Affären, die seit einiger Zeit gar nicht mehr abzureißen [illegible]. Dieses Mißtrauen gegen den Landbund hat schon sehr deutliche Kennzeichen erhalten. Die Kassen sind leerer geworden, und nirgends meldet bereits ein „Sparkommissar“.

Posen. Abgestürzter Flieger. Der Militärflieger Zmuda stieg mit Leutnant Wajda als Beobachter zu einem Uebungsfluge auf. Als sich das Flugzeug etwa 100 Meter von Biebrusk erhoben hatte, geriet es in einen Luftwirbel und stürzte wenige Sekunden später ab. Der Unteroffizier war auf der Stelle tot, während Leutnant Wajda während des Transportes nach dem Krankenhause verschied. Das Flugzeug, ein Erzeugnis der englischen Flugzeugfabrik „Bristol“ ist vollständig zertrümmert.

Aus aller Welt

Haarmann 27facher Mörder. Die von der Staatsanwaltschaft fertiggestellte Anklage gegen Haarmann und Grans ist jetzt der Beschlußkammer des Landgerichts zugegangen. Die Anklage gegen Haarmann wirft diesem Mord in 27 Fällen vor, während Grans in zwei Fällen der Anstiftung zum Morde und gewerbsmäßiger Hehlerei beschuldigt wird. Zunächst wird dem Angeklagten die Anklageschrift zugestellt, worauf sich dieser oder sein Verteidiger äußern kann, erst dann wird die Beschlußkammer das Verfahren eröffnen. Die Schwurgerichtsverhandlung wird deshalb erst Anfang Dezember stattfinden.

Der Wasserstand in Köln ist gegen den letzten Tag um etwa 1 Meter gesunken, das Fallen hält an. Der augenblickliche Stand beträgt 7,79 Meter. Eine Reihe von Straßen in Köln sind wieder vom Wasser frei. Der Verkehr setzt langsam wieder ein. Die Instandsetzungsarbeiten haben begonnen. Die Felder der Umgebung Bonns litten schwer, so daß Neusaat erforderlich sein wird. Am Mittelrhein sind Hunderte von Familien obdachlos. Bei Koblenz forderte die Mosel drei Menschenleben.

Probefahrt des Motorschiffes. Von Kiel aus fand eine neue Probefahrt des Flettnerschen Motorschiffes statt. Trotz Nebels und sonst ungünstigen Wetters wurde bei einer Windstärke 3 eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 4,5 Seemeilen erzielt. Es sollen in Zukunft noch eine Reihe von Fahrten bei stärkerem Wind und Seegang gemacht werden, um die Bewährung des segellosen Schiffes in solchen Lagen festzustellen.

14 Stunden auf dem Wasser getrieben. Der Abteilungsleiter Hartmann aus Hannover fuhr mit seinem Boote in Begleitung eines 17- bis 18jährigen Schülers auf das Steinhuder Meer hinaus. Gegen 5½ Uhr kenterte das Boot in der Mitte des Meeres durch den Sturm. Es gelang beiden, sich auf den Rücken des Bootes zu schwingen und so sich über Wasser zu halten. Inzwischen brach die Nacht herein, eine Verständigung mit dem Ufer war unmöglich. In Sturm und Finsternis trieben die Wellen ihr Spiel mit den beiden Schiffbrüchigen. Die Kräfte erlahmten. Schließlich, als der Morgen und damit die Möglichkeit einer Rettung nicht mehr fern war, war Hartmann so erschöpft, daß er sich nicht mehr halten konnte, er fiel ins Wasser und ertrank. Sein Begleiter trotzte Sturm und Wetter weiterhin. Fischer retteten ihn, nachdem er über 14 Stunden auf dem Wasser getrieben hatte.

Der Kampf auf dem Friedhof. Zu Schreckensszenen kam es auf dem Dunbar-Friedhof in Dublin am Allerseelentage gelegentlich der Beisetzung der von der Regierung des Freistaates standrechtlich erschossenen Republikaner. Bevor der ungeheure Zug auf dem Friedhof anlangte, rückte auch eine Militärabteilung an, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Als die Särge hinuntergelassen wurden, nahmen zwölf Männer auf jeder Seite der Gräber Stellung, und die hinter ihnen stehenden Frauen reichten jedem von ihnen einen Revolver. Ein Kommando ertönte und über den frischen Gräbern wurde eine dröhnende Ehrensalve abgefeuert. Plötzlich erschienen die Truppen, und es kam zu einem Kampf. Kränze wurden zertreten. Frauen und Kinder niedergeschlagen und inmitten der Konfusion Verhaftungen vorgenommen. Zu ähnlichen Szenen kam es auf dem St.-Patrick-Friedhof, wo eine große Anzahl von Truppen und Republikanern schwerverletzt wurde.

Verhängnisvolle Folgen einer Verwechslung. Eine Dame der besten Gesellschaft von Neu-Cadel, Frau Walter, hatte das Unglück, zwei Schächtel zu verwechseln und während der Abwesenheit ihres Mannes die Suppe, die sie ihren beiden Knaben vorsetzen wollte, mit Veronal zu würzen. Die beiden Knaben im Alter von 10 und 11 Jahren starben unter schweren Vergiftungserscheinungen. Die Frau lief darauf selbst zur Polizei und bat um ihre Verhaftung. Ihr Mann, der inzwischen von einer Reise zurückgekehrt war, schoß sich in seiner Verzweiflung eine Kugel in den Kopf.

Schiffsunfälle. Der Svea-Dampfer „Vitea“ ist auf der Reise Norrköping—Malmö—Kopenhagen seitwärts von [illegible] auf Grund geraten. — Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Motorsegler „Par“ auf seiner Reise von Riga nach Kopenhagen mit einer Holzlast an Oelands Ostküste auf Grund gelaufen sei. — Der estnische Passagierdampfer „Kalewipoeg“, der in der Nacht zum 1. November dicht vor Hangö auf dem Wege von Reval nach Stockholm aufgerannt ist, befindet sich in großer Gefahr. Die Besatzung von 22 Mann und die 10 Passagiere sind gerettet. Zwei Bergungsdampfer aus Reval sind bemüht, den „Kalewipoeg“ abzuschleppen, doch hat er ein großes Leck und seine Rettung ist zweifelhaft.

Der Weg einer Verführten. Schwurgerichtssaal in Potsdam. Hinter verschlossenen Türen wird das Abenteuerleben eines Mädchens abgerollt, wie es bedauernswürdiger nicht gedacht werden kann. Angeklagt wegen Meineid ist die 27jährige Elise F. aus Berlin. Gute Eltern haben über ihre Kindheit gewacht. Erst drehte sie künstliche Blumen, dann wurde sie Krankenpflegerin und pflegte die Siechen und Armen. Draußen lachte das Leben und das Spital wurde ihr zu eng. Ein Detektiv benutzte sie als Mittel zum Zweck. Erst kam die Erpressung, dann wurde sie politische Agentin, dann kam das Nichtstun, dann die Straße mit der Kontrolle und dann der Ekel. In einem großen Hotel war sie als Abwaschmädchen von der Straße untergeschlüpft. Er war dort Portier, Kriegsbeschädigter mit einem Arm, sie flickte ihm die Wäsche. Sie war glücklich, nicht mehr auf die Straße zu müssen, und tat alles, was er wollte. Sie ahnte nicht, daß er in Nowawes Frau und Kind hatte. Die Frau kam, pochte auf ihr Recht. Der Scheidungsprozeß nahte, sie fühlte sich Mutter, mußte ins Krankenhaus, und um ihn nicht zu verlieren, beschwor sie in ihrer Angst am 4. Dezember auf dem Amtsgericht in Potsdam, daß sie nichts mit dem beklagten Ehemann vorgehabt habe. Ein anderer Freund sei ihr Verführer gewesen. Und dann zog sie zu ihm. Aber ihr Opfer war umsonst. Ein Martyrium begann. Er schlug sie, trat sie mit Füßen, trotzdem sie sich wieder Mutter fühlte, und bald kam eine andere an ihre Stelle. Er warf sie auf die Straße. Da lief das verängstigte Mädchen zur Polizei, um ihre damals gemachte Aussage zu widerrufen und sich damit selbst des Meineides zu bezichtigen. „Warum haben Sie das getan,“ fragte der Richter die Angeklagte, „Sie haben doch einen Meineid geleistet?“ „Herr Richter, ich wollte nicht wieder auf die Straße gehen.“ Das Zuchthaus blieb ihr erspart. Der Milderungsparagraph 157 wurde angezogen und das Urteil erging auf 7 Monate und 15 Tage Gefängnis.

RAUCHT XANTY JAKA No. 8

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

Pressekommission. Dringende Sitzung am Montag, den 10. November, abends 7 Uhr, in der „Volksstimme“. Schriftliche Einladung ergeht nicht.

SPD. Volkstagsfraktion. Dienstag, den 11. November, abends 7 Uhr, wichtige Fraktionssitzung im Volkstagsgebäude.

Zentral-Bildungsausschuß der S.P.D. Am Dienstag, den 11. November, abends 7 Uhr, im Parteibureau: Wichtige Sitzung.

Arbeiter-Samariter-Bund Danzig. Dienstag, den 11. November, abends 6½ Uhr: Vorstands- und Funktionärssitzung beim Gen. Graßmann, Heilige-Geist-Gasse 98.

Frauenkommission. Mittwoch, den 12. November, abends 7 Uhr, im Jungsozialisten-Heim: wichtige Sitzung.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Am Mittwoch, d. 12. November, abends 6½ Uhr, findet im Lokale Maurerherberge eine Mitgliederversammlung statt. „Die freien Gewerkschaften als Kulturträger.“ Ref.: Koll. Georg Leu M. d. V. Eine Stunde vor Beginn der Mitgliederversammlung Vertrauensmännersitzung.

Liga für Menschenrechte. Der Vortragszyklus „Nie wieder Krieg“ muß voraussichtlich eine Woche verschoben werden. Am 15. November 1924 findet daher im kleinen Saal der Naturforschenden Gesellschaft, Frauengasse 26, auf vielseitigen Wunsch ein Diskussionsabend mit einleitendem Referat über das Thema „Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung“ statt, wozu die Gesinnungsfreunde herzlich eingeladen werden.

Die Liebe des Severin Imboden

Roman von Ernst Zahn

13]

Klaus Imboden maß die Stube mit erregten Schritten. „In den Dörfern ist etwas faul,“ murrte er. „Aber ich will sie schon lehren.“

Dann wandte er sich zu dem [illegible] und sagte: „Es ist gut. Wenn Severino wieder zu dir kommen sollte, so verbiete ihm die Tür. Er hat bei dir nichts zu holen.“

Nino Gaudio drehte den Hut zum zweitenmal. Er hatte mehr erreicht, als er wollte. Im Grunde hatte ihn mehr die Furcht vor dem Herrn als die Ungehaltenheit über Severin hergetrieben. [illegible] daß er eigentlich noch keinen triftigen Grund hatte, diesem das Haus zu verbieten. Da mußte schon der Padrone selbst —. Er wußte aber nicht, was er weiter sagen sollte. So machte er eben wieder eine Verbeugung, sagte: „Danke — ja danke.“ Und mit [illegible] ging er hinaus.

Imboden wandte sich Nerina zu. „Wenn der Bursche, Severin, heimkommt, ich weiß nicht, was ich ihm tue,“ drohte er.

Nerina sah ihn gerade an und antwortete: „Vielleicht hast du ihn schon zu oft gescholten.“

Der Alte trat an das Fenster [illegible]

[illegible]

Imboden zuckte mit den Schultern. Dann warf er ein: „Er kommt jetzt unter die Soldaten, da werden sie ihn lehren.“

Dann Nerina wandte sich ab.

In diesem Augenblick hörten sie draußen [illegible] Stimme und wie er die Treppe zum ersten Stock hinaufstieg.

Imboden ging ihm nach.

Gleich darauf vernahm Nerina ihres Mannes Schelten. Als sie Severin später wiedersah, gewahrte sie, daß er [illegible] an der Stirn eine kleine Beule hatte.

Aber am selben Abend ging sie nach der Kammer, wo der [illegible]

sie eintrat, und hatte den Blick an den Sternen hängen. Er wendete sich nicht um. Erst als die Mutter dicht bei ihm stand, ließ er sein Gesicht sehen. Zwei schwere Tränen hingen ihm an den Lidern.

„Warum [illegible]?“ fragte sie.

Er warf den Oberkörper heftig herum. „Zu nichts bin ich,“ antwortete er zornig. „Was braucht er mich zu schlagen? Ich habe nichts getan.“

„Du hast andere Dinge zu denken,“ mahnte die Mutter.

Da legte Severin die breiten Hände aufs Gesimse und das Kinn darauf. Die Brauen rückten ihm ganz nah zusammen und mit den [illegible], die er hatte, sah er wieder nach dem Gebirg. „Ihr meint das Mädchen da oben. Ich — nun ja — ich habe es gern,“ sagte er.

Es kam mit einer wilden Gewalt aus ihm heraus und doch [illegible], aus dem Tiefsten herausgeholt.

Die Mutter erschrak. Sie sah, daß es ihm ernst war. „Sie ist nur niedriger,“ meinte sie. „[illegible], hat nichts gelernt.“

Dann [illegible] sie.

Severin war aufgesprungen und auf sie zugetreten. Sein Blick zündete wild in den ihren. Er sprach nichts, aber sie wußte schon, was er sagen wollte: Du bist auch eine Magd gewesen.

Da [illegible] einmal, brauchen sie nicht weiter. Aber als Nerina gegangen war, fragte Balz Severin, ob er mit der Mutter sich [illegible] hätte.

„Nein!“ antwortete dieser schroff.

Dann schaute er wieder mit demselben [illegible] in den Sternen suchenden Blick aus dem Fenster.

[illegible]

Ihre gemeinsamen Besuche bei Nino, dem Schäfer, wurden indessen für eine Weile eingeschränkt. Severin zeigte keine Lust mehr, hinzugehen. Er sagte nicht, warum. Balz [illegible] sich den Grund aus allem, was er gesehen hatte, [illegible].

Severin drückte die Einsamkeit.

[illegible] fand ihn jetzt oft so am Fenster stehen und ins Ferne starren. Oft wußte er auch [illegible] nicht, wo der Freund weilte, und wußte zu erraten, daß er allein auf Schleichwegen die Orte an den Seen aufsuchte, an die sie sonst gemeinsam gegangen waren.

Dann kam die Zeit, wo die zwei Jünglinge ihrer Dienstpflicht Genüge leisten mußten. Sie erfüllten ihre militärische Ausbildung [illegible] nach Verlauf vieler Monate erst als junge Offiziere nach dem [illegible] zurück.

Oben an den Bergseen lebte Giovannina mit dem Großvater und zog mit ihrem weißen Schafe Nina singend über die Alpe. Sie wunderte sich, warum der junge Herr Severino und sein schwarzhaariger Gefährte sich nicht mehr sehen ließen. Manchmal wurde ihr beinahe die Zeit lang nach ihnen.

Anfänglich, doch das war schon geraume Weile her, hatte ihr mehrmals geschienen, als umspähe jemand die Schäferhütte oder sie selber, wenn sie mit ihrem Tiere allein draußen in der Alpweite war. Mehr als einmal hätte sie darauf geschworen, daß hinter einem Felsblock oder in einer Schlucht soeben ein Mensch verschwunden und daß es Severin gewesen sei. Allein sie wußte nichts Sicheres, und es trug nur ein wenig mehr dazu bei, den jungen Herrn, den Severino, in ihre Gedanken zu bringen.

Dann hörte und sah sie lange, lange nichts mehr von den beiden. Den Großvater aber mochte sie nicht nach ihnen fragen, denn sein Gesicht verfinsterte sich, wenn die Rede auf Severin Imboden kam.

Da kehrten die jungen Leute als Offiziere wieder. Die Dörfler gafften und staunten. Die Rosi Kamenzind, die in schlechtem Rufe stand, machte große Augen und verdrehte sie umsonst, um die Aufmerksamkeit der zwei stattlichen Uniformträger zu erregen.

Klaus Imboden wurde guter Laune, als er sie sah und stieß mit ihnen auf ihre Erwachsenheit an. Selbst Frau Nerina war stolz in ihrem Herzen. Allein sie zeigte es nicht. Und obgleich sie zugab, daß der geschmeidigere Balz Schmid mit seinen schwarzen Augen und seinem braunen Gesicht einem Weibe wohl in die Augen zu stechen vermöge, ruhte ihr heimlicher Stolz vor allem auf Severin, ihrem Sohn. Er hatte sich im Militärdienst ausgezeichnet. Seine Vorgesetzten hatten ein wohlwollendes Auge auf ihn, weil er ebenso pünktlich als stark, ebenso eifrig als mit soldatischen [illegible] begabt war.

„Den Bock in einen Rock zu zwingen, ist eine Kunst,“ hatte der Schneider gesagt, der ihm die erste Uniform anmaß. Seine Schultern waren breit und eckig. In seinem braunen Gesicht [illegible] kein Bart, als ob da der Wachstrieb versagt hätte, weil Haupthaar und Brauen so überdicht standen. Wer ihm in die Augen sah, wunderte sich, weil es ihm daraus wie Funken entgegensprühte.

(Fortsetzung folgt.)

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich!

Danziger Nachrichten

Reform des Teuerungsindex.

Die statistische Berechnung der Teuerungsbewegung hat bisher die Arbeitnehmerschaft nicht befriedigen können. Zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Preise und der Statistik klafften ständig so große Unterschiede, daß der Teuerungsindex kaum noch ernst genommen wird und nicht mehr als brauchbarer Maßstab zur vollwertigen Angleichung der Löhne an die Preisentwickelung anerkannt wird. Im Reiche sind nun Bestrebungen im Gange, die Indexberechnungen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Die vielen Vorwürfe aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen gegen den heutigen Index können entweder durch Versagen der Preisberechnung und Preisübermittelung oder durch fehlerhafte Grundberechnung des Index erklärt werden. U. E. trifft das letztere zu. Die Tatsache, daß der Lebenshaltungsindex nicht mit der Preissteigerung Schritt hält, die gerade in der letzten Zeit zu beobachten war, läßt sich eben nur durch verteuernde Faktoren erklären, die jetzt bei den Berechnungen nicht herangezogen werden.

Vor allem spielt hier die Frage der Rationen eine große Rolle. Die Berechnungen gehen heute noch auf die sogenannten kriegsmäßigen Rationen zurück, die aus dem Jahre 1919 stammen und in Bezug auf Qualität und Quantität weder den Friedens- noch den heutigen Rationen entsprechen. Dazu hat die Indexkommission des Afa-Bundes wertvolle Arbeit eingeleitet, durch Feststellung auf Grund von Haushaltungsbüchern richtige Fingerzeige für die zukünftige Grundberechnung zu finden. Ohne Zweifel ist der viel erhobene Vorwurf, daß der Index zu niedrig ist, eng mit der Frage der einzustellenden Rationen verknüpft. Die ganze Berechnung wird sich aber noch zuverlässiger gestalten, wenn sie neben den veränderten Rationen die Kulturbedürfnisse und den Verbrauch von Genußmitteln berücksichtigt.

Eine besondere Erörterung hat auch die Frage erfahren, ob die Indexberechnung den Lohnabzug berücksichtigen soll oder nicht. Dieser Vorschlag, die Steuer mit einzubeziehen, fand bei den amtlichen Reichsstellen bisher überaus kühle Aufnahme. Die Ablehnung wird damit begründet, daß Steuern vom Einkommen gezahlt werden sollen, weshalb es volkswirtschaftlich nicht angängig sei, sie durch Erhöhung des Lohnes wieder hereinzubringen. Dagegen spricht aber, daß der Lohnabzug einen wesentlichen Teil des Reallohnes ausmacht und bei einer Berechnung, die annähernd den Teuerungsgrad fixieren will, nicht unberücksichtigt bleiben darf. Der Arbeiter wird nur ganz psychologisch betrachtet, den harten Lohnabzug noch härter empfinden, wenn dieser bei der Indexberechnung keine Berücksichtigung findet. Leichter wird sich, soweit wir hören, der begreifliche Wunsch nach Berücksichtigung der Kosten der Fahrt von und nach der Arbeitsstelle, die zum Teil recht beträchtlich sind, erfüllen lassen. In erster Linie werden hier technische Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Selbstverständlich ist es nicht leicht, in dieser Frage eine annehmbare Lösung zu finden. Möglich ist es daher, da eine Umstellung der Grundberechnung die nötige Zeit erfordert, daß man vorerst zu dem Aushilfsmittel eines Parallelindex greift, der, neben dem allgemeinen Lebenshaltungsindex laufend, die reinen Ernährungskosten evtl. unter Berücksichtigung der Bekleidung berücksichtigt. Mit diesen Hilfsmitteln hat man in anderen Ländern wesentliche Erfolge erzielt.

Die durchgehende Geschäftszeit.

Von dem Inhaber eines größeren Danziger Geschäftshauses wird uns geschrieben:

Die letzten Jahre haben in Geschäftskreisen eine Einrichtung aufkommen lassen, welche zunächst mit stiller Duldung hingenommen, nach einiger Zeit jedoch als außerordentlich vorteilhaft für den ganzen Geschäftsbetrieb anerkannt wurde. Es war dies der Ladenschluß sämtlicher Geschäfte in der Zeit von 1 bis 3 Uhr.

Nachdem diese Einrichtung ca. 6 Jahre besteht, hat eines der führenden Kaufhäuser diese Einrichtung jetzt durchbrochen und nun folgen unter einem gewissen Druck und Zwang verschiedene andere Firmen nach.

Diese neue Einteilung dürfte keinem offenen Geschäft von wirklichem Nutzen sein. Wieder einmal hat sich hier in krasser Form die Uneinigkeit in Danziger Geschäftskreisen gezeigt, denn es ist noch sehr fraglich, ob nicht bei einer Abstimmung über Ladenschluß oder Offenhaltung von 1 bis 3 Uhr für die letztere Einrichtung eine Mehrheit zusammengekommen wäre. Ein Vorteil erwächst aus dieser neuen Einrichtung weder dem Geschäftsbetrieb selbst, noch dem Publikum. Der an und für sich geringen Einnahme während der Tischzeit von 1 bis 3 Uhr stehen aber viele Nachteile gegenüber. Gleich nach Schluß der letzten Frühstückspause tritt bei Offenhaltung die erste Mittagspause ein. In vielen Geschäften fängt diese bereits um ½12 Uhr an. Jetzt stehen die meisten Geschäfte mit der Hälfte des Personals da und in lebhaften großen Geschäften ist es eine Qual, zu sehen, wie selbst bei ganz geringem Kundenbesuch eine ordnungsgemäße Bedienung geradezu zur Unmöglichkeit gemacht wird. Auch muß der Fall berücksichtigt werden, daß das Plus an Einnahme in der Zeit von 1 bis 3 Uhr durch ein Plus an Ladendiebstählen, dadurch, daß die genügende Aufsicht fehlt, wieder illusorisch gemacht wird. Durch die ununterbrochene Kette von Pausen kann bei noch so hoher Angestelltenzahl niemals das ganze Personal der wirklich vorgesehenen Tätigkeit zugeführt werden. Dieser Zustand dürfte unter den Kaufleuten wenig Freunde gefunden haben und es sind auch schon viele Stimmen laut geworden, die sich gegen die durchgehende Geschäftszeit aussprachen.

Man wird einwenden, daß in früheren Zeiten diese Tischzeit doch sehr bequem durchzuführen war. Das stimmt. Dem muß aber entgegengestellt werden, daß bei einer Geschäftszeit bis 8 Uhr abends bzw. 7 Uhr abends diese Einrichtung ganz gut durchzuführen gewesen ist; bei einer Geschäftszeit bis 6 Uhr ist das jedoch ein Undina und es war nicht angebracht, über die Köpfe anderer Geschäftsinhaber hinweg eine Einrichtung zu ändern, die sowohl von den Inhabern der Firmen, als auch von den Angestellten als eine wahre Wohltat empfunden wurde.

Es wäre angebracht, wenn die Danziger Handelskammer zu diesem Punkt Stellung nehmen und die Vorsitzenden der Wirtschaftsverbände zusammenrufen würde, um diese Angelegenheit zu klären.

Ausnutzung des Seetangs. Mit dem Ziel, der Bevölkerung in gewissen Bezirken von Schottland und Irland Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und zugleich eine alte englische Industrie zu neuem Leben zu erwecken, hat eine Forschungsgesellschaft Versuche über die chemische Ausnutzung des Seetangs angestellt. Wie man weiß, kam der Gewinnung von Kali, Jodsalzen und Jod aus der Asche von Seetang (Kelp) in England und Frankreich früher große Bedeutung zu. In Glasgow wurden im Jahre 1841 mehr als 2500 Tonnen Kelp verarbeitet, und 1846 zählte man in dieser Gegend an zwanzig Jodfabriken. Heute verwendet man dieses Seegewächs fast nur noch für Düngezwecke. Das alte Verfahren war sehr roh und kommt heute nicht mehr zur Anwendung, jedoch haben die Untersuchungen ergeben, daß bei der Destillation in geschlossenen Retorten bei niedriger Temperatur die Ausbeute an Jod verdoppelt und verdreifacht, an löslichen Salzen beinahe verdoppelt werden kann. Zur praktischen Auswertung dieses Verfahrens ist aber vor allem eine Schwierigkeit zu überwinden, die in der Heizung der Retorten liegt. Mit Rücksicht auf die Rentabilität darf nur Seetang verwendet werden, der voll ständig lufttrocken sein muß, da es sonst ungewiß ist, ob eine für diese Beheizung geeignete Retorte hergestellt werden kann. Selbst wenn es gelingen sollte, die Heizfrage zu lösen, so bleibt zu bedenken, daß die alte Kelpindustrie trotz der hohen damaligen Jodpreise nur durch die gleichfalls hohen Kalipreise sich hielt und zugrunde ging, als die Staßfurter Salze einen Rückgang derselben um über sechzig Prozent veranlaßten; ob aber die höhere Ausbeute an Jod und Kalisalzen gegenüber den gesunkenen Preisen, den höheren Löhnen und dem gesteigerten Kapitalbedarf einen genügenden Ausgleich bietet, ist, wie die „Chemische Industrie" schreibt, äußerst zweifelhaft.

Die Paßfälschungen vor Gericht.

Aus der Schöffengerichts-Verhandlung gegen die Paßfälscherbande ist noch nachzutragen, daß insgesamt 21 Personen angeklagt, aber nur 14 erschienen waren. Vielfach sind die Ausweispapiere für Personen beschafft worden, die sich der polnischen Wehrpflicht entziehen wollten. In Polen besteht bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht. Männer, die im militärpflichtigen Alter stehen, erhalten keinen Auslandspaß. Wenn diese einzeln oder mit der Familie nach Amerika oder Palästina auswandern wollen, so wird ihnen dies auf geordnetem Wege unmöglich gemacht. Wenn sie auf die Auswanderung nicht verzichten wollen, so müssen sie einen ungesetzlichen Weg suchen. Diese Tatsache suchen nun andere Personen geschäftlich auszunutzen. Sie sind besonders in Warschau und Danzig zu finden. Gegen Bezahlung werden den Auswanderungsbedürftigen Pässe besorgt, mit denen sie aber später im Auslande oft große Schwierigkeiten haben und in große Not geraten. Die Hauptpersonen hat man in Danzig aber nicht gefaßt. Sie sollen inzwischen jedoch verhaftet und in polnischer Gewalt sein. Bei der Verhandlung handelte es sich um lettische Pässe, die durch den lettischen Konsul in Danzig ausgestellt wurden und dann um sog. Ligapässe, die keine eigentlichen Staatspässe sind. Die Staatsangehörigkeit mancher Angeklagten war gar nicht klar festgestellt. Einer behauptet, er sei brasilianischer Staatsangehöriger. Er hatte einen brasilianischen, weiß-ruthenischen und einen polnischen Paß. Der lettische Konsul stellte Pässe aus, wenn ihm glaubwürdig erscheinende Angaben gemacht wurden. Die Aussagen der Angeklagten waren recht mager. Außer zwei Kriminalbeamten waren keine Zeugen erschienen. Auf Zeugenvernehmung wurde verzichtet. Das Gericht kam nur bei fünf Personen zur Verurteilung. Die übrigen wurden freigesprochen und die Haftbefehle aufgehoben. Verurteilt wurden wegen Beihilfe zum Paßvergehen die polnischen Staatsangehörigen Johann Neumann, Moszek Mendel Ackermann, Wolf Kolka und Hermann Mordowicz zu je 1 Monat Gefängnis. Die Strafen wurden durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Der polnische Staatsangehörige Usza Rosenbaum hat sich bei seiner Aufnahme ins Gefängnis einen falschen Namen beigelegt und erhielt zwei Monate Gefängnis für intellektuelle Urkundenfälschung. Bei ihm wurde ein Teil der Strafe für verbüßt erachtet.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, es mag sein, daß Auswanderer aus Polen nach Danzig kommen sind und hier an der Bahn erwartet wurden, um ihnen die gewünschten Pässe zu beschaffen. Die heutigen Angeklagten sind dabei aber nicht beteiligt. Bei der Besorgung der Pässe sind einige Angeklagte leichtsinnig vorgegangen. Es konnte aber nicht erwiesen werden, ob die beschafften Pässe falsche Angaben enthielten, oder ob dabei falsche Angaben gemacht worden sind. Der lettische Konsul ist als Zeuge nicht zu erreichen. Es sind neue Staatsgebilde entstanden und da ist es oft schwierig, genaue Unterlagen für die Staatsangehörigkeit zu erlangen. Die Behörden sind auf die persönlichen Angaben der Betreffenden angewiesen. Man weiß auch nicht, ob der Konsul nicht die Vollmacht hatte, Pässe auszustellen, wenn ihm die Angaben glaubwürdig erschienen. Nur in zwei Fällen konnten Paßvergehen nachgewiesen werden.

Die Personen, die jetzt vor Gericht standen, sind lediglich Vermittler gewesen. Einer der Hauptbeteiligten, der Baron von Blumenthal, war zwar auch erwischt und in Haft genommen, aber seltsamerweise nach zwei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er verschwand natürlich so schnell wie möglich. Den kleinen Schächern machte man dann aber den Prozeß.

Die Schuldner und die Aufwertung.

Am Sonnabend hatte nun auch der Verband der Hypothekenschuldner zu einer Protestversammlung gegen das Aufwertungsgesetz aufgerufen. Nachdem bereits die Hypothekengläubiger gegen die Beschlüsse des Hauptausschusses des Volkstages Stellung genommen hatten, weil ihnen diese nicht weit genug gingen, protestierten die Schuldner jetzt gegen die Entscheidungen des Hauptausschusses, da ihnen dagegen diese ein zu großes Entgegenkommen an die Gläubiger enthalten. Die Meinung der Versammlung wurde in einer längeren Entschließung niedergelegt, er der es u. a. heißt:

„Sämtliche Hypothekenschuldner der Freien Stadt Danzig erheben gegen die gefaßten Beschlüsse des Hauptausschusses schärfsten Protest und fordern vom Volkstage aufs entschiedenste, den gefaßten Beschlüssen unter keinen Umständen zuzustimmen. Es darf unter keinen Umständen der Umwandlungssatz 30 Gulden von 100 Goldmark betragen, sondern er darf nur höchstens, wie es die Steuerverordnung im Deutschen Reiche vorsieht, auf 15 Prozent von 100 Goldmark festgesetzt werden. Mit einem dazugehörigen Moratorium bis zum Jahre 1930, ohne daß sich der Umwandlungssatz dann auf 50 Gulden erhöht. Die Bestimmung, daß rückständige Zins- und Tilgungsbeträge bezahlt werden sollen, muß eine deutlichere Fassung erhalten, damit nicht bezahlte Papiermarkzinsen noch einmal in Gulden zu zahlen sind. Das Gesetz muß sich in dieser Hinsicht ebenfalls an das deutsche Gesetz anlehnen. Es muß heißen, rückständige Zinsen gelten als erlassen.

Soll von den Schuldnern die Zahlung rückständiger Zinsen gesetzlich verlangt werden, so sehen sich sämtliche Hypothekenschuldner der Freien Stadt Danzig gezwungen, gegen den Staat einen Prozeß auf Schadenersatz anzustrengen. Die Hypothekenschuldner, die Hausbesitzer in der Stadt sind wegen der vom Staate zu niedrig gehaltenen Mieten, während der verflossenen Jahre und jetzt und die ländlichen Hypothekenschuldner, für die ihnen zwangsweise zu Schleuderpreisen abgenommenen Produkte. Die Ausgleichung hat mit dem 1. Januar 1925 mit 2 Prozent einzusetzen und steigt von Jahr zu Jahr um 1 Prozent bis der ursprüngliche Zinssatz erreicht worden ist. Das Gesetz muß so deutlich gegeben werden, daß Rechtsstreitigkeiten völlig ausgeschlossen sind.

Papiermarkhypotheken, also nach dem 1. Januar 1918 aufgenommene, dürfen nicht anders als nach dem Dollarstande umgerechnet werden. Da sich die Umrechnung nach einer in Aussicht genommenen aufzustellenden Skala als ein willkürliches Rechenexempel des Volkstages ergeben würde, denn Landgrundstücke wurden in der lebensmittelknappen Zeit schon ⅓ über normalen Wert bezahlt. Es würde also die Umrechnung nach einer aufzustellenden Skala oder dem Goldindex die schwersten Gefahren für den Schuldner bringen. Restkaufgelder können nur wie Hypotheken behandelt werden, denn wenn der Gläubiger das Restkaufgeld nicht hätte stehen lassen, sondern hätte sich selbiges auszahlen lassen, so hätte er es nur anderweit wieder als Hypothek vergeben können. Der in Aussicht genommene Härteparagraph darf unter keinen Umständen in dem Gesetz Aufnahme finden, denn nach diesem Paragraphen würde das Gesetz seinen Zweck verfehlen und nur noch einen Fetzen Papier darstellen; denn es würde ein jeder Gläubiger auf Grund dieses Paragraphen, ungeachtet des Gesetzes, gerichtliche Entscheidung beantragen. Die auf Grundstücken ruhenden und vom Käufer beim Kauf eines Grundstücks in der Papiermarkzeit (1917 bis 1922) gutgläubig übernommenen Hypotheken dürfen nur vom Tage der Uebernahme des Grundstückes durch den neuen Käufer nach dem derzeitigen Dollarstande umgerechnet werden."

Für Fechenbach.

Ueber zwei Jahre sitzt der ehemalige Sekretär Kurt Eisners, Felix Fechenbach, unschuldig im bayerischen Zuchthaus. Hunderttausend von aufrechten Zeitgenossen haben in Versammlungen und politischen Kundgebungen seine Freilassung verlangt. Die hiesige Liga für Menschenrechte bittet alle, die sich von der Schuldlosigkeit Fechenbachs überzeugt haben und die Kläglichkeit der politischen Verschleppungsversuche mißbilligen, untenstehende Erklärung auszufüllen und an das Sekretariat der Liga für Menschenrechte, zu Händen Kurt Großmann, Hundegasse 90 4 Treppen, gelangen zu lassen. (Dort ist auch die Schrift von Gerhart Pohl „Deutscher Justizmord" erhältlich, die alles Material über den Fall Fechenbach enthält.) Jeder gerecht denkende hat die Verpflichtung, für Unterschriften zu sorgen.

Erklärung.

Ich habe mich überzeugt, daß das gegen den Schriftsteller Fechenbach vom 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München 1 ausgesprochene Urteil auf 11 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust ein Fehlurteil war. Ich mißbillige den Verschleppungsversuch der Revision aus politischen Gründen aufs schärfste und spreche meine Sympathie der deutschen Volksbewegung aus, welche fordert:

1. Die sofortige Enthaftung Fechenbachs,
2. die Revision des Urteils,
3. sofortige Publizierung des zurückgehaltenen Materials.

Name:
Adresse:

Der Vorstand.
(Bitte deutlich schreiben.)

„Moderne Körperkultur" in Zoppot.

Unter dieser Spitzmarke hatte die „Freie Turnerschaft Zoppot" zu ihrem 1. Stiftungsfest in das Kurhaus eingeladen. Das Programm bot eine reiche Fülle von Darbietungen. Der Gesangverein „Freier Volkschor Zoppot" eröffnete die Feier mit Uthmanns „Heldenberuf" und Sturm. Der Gesang des Liedes „Krönt den Tag" wurde von einer Bildstellung von weit über 50 Turnern und Turnerinnen umrahmt, die einen starken Beifallssturm auslöste. Die turnerischen Vorführungen eröffneten dann die Turnerinnen Zoppot mit Stabübungen; Bockspringen der Jugendturner Zoppot und Takt-Turnen am Barren der Turnerinnen Zoppot schlossen sich an. Die Leistungen zeigten, daß es dem jungen Verein sehr ernst mit der Körperkultur ist. Beste Durchbildung zeigten die Olympiade-Freiübungen von 10 Danziger Turnerinnen. Das Reckturnen der Turner Zoppot bewies ein gutes Können. Langfuhrer Turner zeigten eindrucksvolle Pyramiden., Fixer Aufbau und gute Haltung müssen hier anerkannt werden. Etwas in Zoppot noch nie Gesehenes waren die Hammerübungen (besser gesagt Hammerreigen) der Turner Langfuhr. Taktvoll und in guter Körperhaltung wurden sie durchgeführt. Die Keulenübungen der Turnerinnen Schidlitz waren durch die nicht klappende musikalische Begleitung leider etwas behindert. Ganz besonders gut gefielen Reifenübungen der Bundesschule. Hier waren es besonders die anmutigen Körperbewegungen genau im Takte der Musik, die starken Beifall auslösten. Ebenso sind die Stabübungen der Bezirks-Vorturnerschaft zu bewerten. Die Danziger Turner zeigten am Barren, daß sie jedem bürgerlichen Turnverein durchaus nicht nachstehen. Als Schönstes von allem muß die Tanzidee „Frühlingserwachen" der Bundesschule anerkannt werden; stürmischer Beifall folgte dieser Vorführung.

Alles in allem genommen hatte der festgebende Verein mit den Worten „moderne Körperkultur" nicht zu viel gesagt. Die Arbeiterschaft hat hier zur Genüge bewiesen, daß sie wertvolle Kulturarbeit leistet. Selbst Besucher von Zoppoter bürgerlichen Turn- und Sportvereinen mußten anerkennen, daß etwas ganz Großes geleistet worden ist.

Die Festansprache des Vorsitzenden Turngenossen Korth gipfelte auch in der Mahnung, die Körperkultur zu fördern, die Jugend und uns selbst zu stählen und gesund zu erhalten. Darum alle Angehörigen der werktätigen Bevölkerung, die ihr eure Zeit noch in bürgerlichen Turn- und Sportvereinen verplempert, heraus dort. Die Arbeiter-Turnerschaft bietet euch dasselbe. Und ihr, die ihr noch nicht Mitglied der „Freien Turnerschaft" seid, schließt euch dieser an.

Revolutionsgedenkfeier in Zoppot.

Am gestrigen 9. November veranstaltete auch der Ortsverein Zoppot der Sozialdemokratischen Partei im Saale des Bürgerheims bei gutem Besuch eine Revolutionsgedenkfeier. Mit „Wer schafft das Gold zu Tage" wurde die Feier musikalisch eingeleitet. Der „Freie Volkschor Zoppot" hatte sich auch hier wieder in den Dienst der Sache gestellt und brachte mehrere Tendenz- und andere Chöre zu Gehör. Die Gedenkrede hielt Vorsitzender Gen. Knaust. Er beleuchtete die Ursachen und Wirkungen der Revolution mit allen ihren Folgeerscheinungen bis zum heutigen Tage. Mit der Mahnung zum festen Zusammenschluß und einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß er seine Ausführungen. Die hierauf folgende Marseillaise wurde von den Anwesenden stehend angehört. Ernste und heitere Rezitationen vom Genossen Galleiske-Danzig wechselten hierauf mit Musik und Gesang. Eine würdige Feier in allen ihren Teilen.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt.

Der Abschluß der „Hapag". Als erste der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften veröffentlicht die Hamburg-Südamerikanische Schiffahrts-Gesellschaft, Hamburg, ihre Goldbilanz. Das Goldkapital, im Frieden 25 Millionen, wird von 50 Papiermillionen auf 20 Goldmillionen herabgesetzt. Es liegt also zahlenmäßig eine Verringerung des Kapitals vor. Diese Verringerung erfährt eine Kommentierung durch die näheren Angaben in der Bilanz. Sie gibt unter den Aktiven Dampfer-Flotte, Fahrzeuge und Neubauten mit 22 276 061 Goldmark an. Die Flotte bestand 1924 aus 17 Schiffen mit 129 456 Bruttoregistertonnen; 1913 zählte sie 57 Dampfer mit 384 932 Bruttoregistertonnen, die damals mit 62 881 706 Mark zu Buche standen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Bilanz noch einen ordentlichen Reservefonds in Höhe von 3 Millionen Mark vorsieht, dann ist die Schlußfolgerung berechtigt, daß der Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt mit einer seltenen Energie vor sich gegangen ist, wobei allerdings die Staatssubventionen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben dürften. Die Gesellschaft schlägt der Generalversammlung vor, das Goldkapital von 20 auf 25 Millionen Mark zu erhöhen.

Elektrizitätswirtschaft und Privatprofit. Ein wichtiger Kongreß für die Elektrifizierung der französischen Landwirtschaft, der vor kurzem in Lyon abgehalten wurde, forderte die Aufhebung der Konzessionen für Elektrizitätswerke, die auf Grund eines vom Nationalblock im vorigen Jahr geschaffenen Gesetzes erteilt wurden. Auf dem Kongreß wurde bewiesen, daß die Elektrizität heute tatsächlich das Monopol einiger Truste darstellt und die Elektrifizierung einzig aus Profitinteressen der Elektrizitätswerke betrieben wird. Der Verbraucher wird von diesen Gesellschaften ungeheuer ausgebeutet und gezwungen, 2 Franken 50 Centimes für eine Kraftmenge zu zahlen, die dem Werk 24 Centimes kostet. Es wurde in Erinnerung gebracht, daß ein Elektrizitätstrust, der dem Großindustriellen Loucheur nahesteht, den Strom von einem staatlichen Arsenal für 18 Centimes gekauft und denselben an die Verbraucher für 80 Centimes, manchmal für 1 Franken 20 Centimes, ja sogar für 1 Franken 80 Centimes weiterverkauft hat.

Rückgang der schwedischen Erzlieferungen nach Polnisch-Oberschlesien. Die polnisch-oberschlesischen Hochofen- und Stahlwerke haben im August, laut Fachblatt „Industrie-Kurier", nur 844 Tonnen Schwedenerze bezogen, während der Bezug im Juli 2085 Tonnen betrug. Seit Anfang des Jahres wurden bezogen: im Januar 1139 Tonnen, im Februar 1355 Tonnen, im März 5490 Tonnen, im April 11 168 Tonnen, im Mai 18 187 Tonnen, im Juni 856 Tonnen. Der Gesamtbezug von Januar bis einschließlich August stellte sich auf 41 014 Tonnen. Wie beträchtlich der Bezug zurückgegangen ist, geht daraus hervor, daß in den Monaten Oktober bis Dezember des Jahres 1923 folgende Mengen bezogen wurden: Oktober 15 362 Tonnen, November 25 973 Tonnen, Dezember 10 737 Tonnen, d. h. insgesamt 52 072 Tonnen.

Kopenhagen, ein riesiges Automobilsammellager für Europa. Eine Reihe großer ausländischer Automobilfabriken hat mächtige Sammellager in Kopenhagen eingerichtet, so daß man jetzt sagen kann, daß Kopenhagen daran ist, eines der großen europäischen Automobil-Zentren zu werden. Ford war es, der damit begann, und später kamen Chevrolet, Buck und Citroën, die große Fabriken in Kopenhagen aufgeführt haben. Jetzt kommt noch eine dazu, nämlich die große amerikanische Overland-Fabrik, die beabsichtigt eine große Fabrik anzulegen entweder in Kopenhagen selbst oder in einer der größten dänischen Provinzstädte. Der Plan ist Gegenstand der Erörterung den ganzen Sommer über gewesen. Man hat sich bislang damit begnügt, eine kleine Sammelfabrik anzulegen, die mindestens 5000 Wagen im Jahre bauen kann, mit der Möglichkeit weiterer Ausdehnung. Die einzelnen Automobilteile sollen, wie dies der Fall ist bei Ford und im übrigen auch bei Chevrolet, direkt von Amerika nach Dänemark geschickt und in der Fabrik zusammengestellt werden. Es besteht Aussicht, daß der Plan verwirklicht wird.

Die Reform des türkischen Zollwesens. Die verschiedentlich angekündigte Reform des türkischen Zollwesens beginnt greifbare Gestalt anzunehmen. Man will dem Handel mit dem Auslande entgegenkommen, und die Zolldirektion läßt jetzt zu diesem Zwecke den deutschen und französischen Zolltarif übersetzen, um davon soviel wie möglich in den bestehenden Tarif aufzunehmen. Außerdem kommt in Frage: Neuordnung des Personals, Maßnahmen gegen die Bestechung, Reorganisierung des Transportwesens und Vereinfachung der Formalitäten.

Der Kokainismus in Lettland. Der Verbrauch von Kokain hat in Lettland so große Maße angenommen, daß man nun energisch gegen dieses Uebel vorgeht. Es vergeht fast kein Tag, an welchem nicht der eine oder der andere Händler mit diesem Narkotikum verhaftet wird. Es sollen aus der deutschen Okkupationszeit hier große Bestände an Kokain nachgeblieben sein, wozu noch die offenbar sehr großen Mengen kommen, die geschmuggelt werden und entweder in Lettland verbraucht oder in größeren Mengen nach Sowjetrußland eingeschmuggelt werden und einen Handelsartikel bilden, der enormen Gewinn abwirft. Gleichzeitig mit der Bekämpfung des Kokainismus geht der Kampf gegen den Alkohol, der mit aller Energie geführt werden und mit der vollständigen Trockenlegung des Landes enden soll.

Zerstörte Petroleumfelder. Die Revolutionäre von Georgien haben die Ausfuhr von Erdöl vollständig lahmgelegt, indem sie die Oelanlagen auf der Strecke Baku-Batum angriffen und in die Luft sprengten. Auch die zahlreichen Oelfelder und Bohrtürme in Baku flogen in die Luft oder gingen in Flammen auf. Mehr als 100 000 Mann starke Truppen wurden bisher von Sowjetrußland aufgeboten, um die Eisenbahnlinie Baku-Batum zu bewachen, allein ohne Erfolg, da die Aufständischen nur noch hartnäckiger und wütender ihr Zerstörungswerk fortsetzen. Sie betrachten dies als die einzige Waffe der Verteidigung gegenüber dem sowjetistischen Rußland. — Der Verlust des gefährdeten Oeles bedeutet für Rußland einen beträchtlichen finanziellen Ausfall, da die Ausfuhr von Petroleum neben dem Mangan Georgiens für Rußland eine bedeutende Einnahmequelle darstellte. Bis zum Ausbruch der Revolution, Ende August dieses Jahres, hatte der Export an Petroleum denjenigen von 1913 bedeutend überstiegen und übertraf alle Erwartungen, die jetzt mit einem Schlage vernichtet sind. Man rechnet damit, daß die Sowjetregierung ein volles Jahr damit zu tun haben wird, die zerstörten Bahnlinien wieder herzustellen.

Die Verbreitung der Soziallöhne. Auf dem Kongreß für Soziallöhne in Mülhausen wurde festgestellt, daß in Frankreich 9900 Privatbetriebe mit 1 100 000 Arbeitern Familienzuschläge bezahlten. Der während des Jahres 1923 ausgezahlte Betrag belief sich auf über 128 Millionen Franken, 36 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Wenn man auch die staatlichen und kommunalen Unternehmungen berücksichtigt, erhöht sich der Betrag auf 768 Millionen Franken und die Zahl der Soziallage empfangenden Personen auf 2 700 000.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Dieser Tage hielten Vertreter der verschiedenen lokalen Bäckergewerkschaften Spaniens in Madrid einen Kongreß ab, um zur Frage der Bildung eines Bäckerverbandes Stellung zu nehmen. Die Errichtung wurde beschlossen. Der neue Verband wird sich der spanischen Landeszentrale und der Berufsinternationale anschließen. Der Sitz des Verbandes ist in Madrid. — Im Zusammenhange mit der Einführung der Umsatzsteuer in den Restaurants hatten die Kellner in Christiania den Streik erklärt und forderten die Abschaffung der Trinkgelder und die Einführung einer festen Entlohnung von 10 Prozent des Umsatzes. Nach kurzer Streikdauer wurde diese Forderung bewilligt. — 500 Landarbeiter in Südschweden sind in den Ausstand getreten, nachdem ihre Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden waren. Sie fordern eine Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 70 Oere. Die Löhne der Landarbeiter gehören zu den niedrigsten aller Arbeitergruppen. Es wird angenommen, daß der Streik sich weiter ausdehnen und zirka 8000 Arbeiter umfassen wird.

Seeleutekrieg mit Amerika. Das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die seit Inkrafttreten ihres neuen Einwanderungsgesetzes die Schiffahrtsgesellschaften für jeden Deserteur der Besatzung mit 1000 Dollar Strafe belegen, hat in der internationalen Reederei zahlreiche Proteste hervorgerufen und dazu geführt, daß Länder wie Australien, Argentinien, die Südafrikanische Union, Ostindien und Belgien ähnliche Bestimmungen erließen. England und Dänemark haben sich einstweilen damit beholfen, daß sie die Abmusterung fremder Seeleute in ihren Häfen von einer behördlichen Genehmigung abhängig machten. Diesem Vorgehen will sich jetzt auch Hamburg anschließen. Der Führer eines ankommenden Seeschiffes soll nach einem Gesetzentwurf, der der neuen Bürgerschaft zugegangen ist, verpflichtet sein, der Polizeibehörde eine Liste der Besatzungsmitglieder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit einzureichen und diese Personen nur mit Genehmigung der Polizei abzumustern. Desertionen sollen der Polizei sofort gemeldet werden. Bei Verstößen gegen diese Bestimmung ist der Reeder des Schiffes haftbar für die aus der Verpflegung, Festnahme und Ausweisung des Zuwiderhandelnden entstehenden Kosten. Bis zur Feststellung dieser Kosten soll als Sicherheit die Zahlung eines von der zuständigen Polizeibehörde festzusetzenden Betrages verlangt werden.

Die Tätigkeit der Wiener Arbeiterkammer. Das Budget der Wiener Arbeiterkammer, der Zentrale der österreichischen Gewerkschaften, weist für 1925 die Summe von 6½ Milliarden Kronen auf. Im einzelnen entfallen auf: Beschaffung von Büchern für Bibliotheken 250 Millionen, auf statistische Untersuchungen 100 Millionen, auf Unterstützung für Streikende 400 Millionen. Besonderen Wert legt die Arbeiterkammer auf die Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten, wofür 200 Millionen vorgesehen sind. Dem Pensionsfonds für die Arbeiter sollen 400 Millionen, dem Erziehungsfonds 200 Millionen angewiesen werden.

Die Streiks in Rußland 1922 und 1923. Der Zentralrat der russischen Gewerkschaften veröffentlicht Zahlen über die Streikbewegung in den Jahren 1922 und 1923. Danach gab es im Jahre 1922 in den Staatsbetrieben 466 Arbeitskonflikte, die 192 000 Arbeiter betrafen; 1923 waren es 384 mit 165 000 Arbeitern. Nur in 11 Fällen mit zusammen 1096 Arbeitern hatte der Streik die Zustimmung der Gewerkschaften, in den übrigen verhielten sie sich ablehnend. Unter den Streikursachen kamen in erster Linie unregelmäßige Lohnauszahlungen, und zwar bei 60 Prozent der Streiks.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Kranz- und Blumenspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, insbesondere der Gen. Käthe Leu für die trostreichen Worte und dem Langfuhrer Männergesangverein sowie dem Gen. Beister, Vors. des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Julius Block.
15371

Stadttheater Danzig.
Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Montag, den 10. Nov., abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie I.
Heimliche Brautfahrt
Lustspiel in 1 Vorspiel und 3 Akten von Leo Lenz.
In Szene gesetzt von Heinz Brede
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9¾ Uhr.
Dienstag, den 11. November, abds. 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „La Traviata" Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.
Mittwoch, den 12. November, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie II. „Der Zigeunerbaron". Operette in 3 Akten von Johann Strauß

Kauft Danziger Notgeldscheine
zum Besten der Winterhilfe der Stadtgemeinde Danzig
Verkauf: Geschäftsstelle Pfefferstadt 41, Tel. 7514

Arbeiterbildungsausschuss
In der Aula des Städt. Gymnasiums, Winterplatz:
Am Donnerstag, den 13. November, abends 7½ Uhr / Einzel-Vortrag
Kant und der Sozialismus
Vortragender: Dr. Hans Zint
Am Donnerstag, den 20. November, abends 7½ Uhr / Einzel-Vortrag mit anschliessender Aussprache
Sozialismus und Pazifismus
Vortragender: Dr. Hans Zint
Karten – pro Abend 50 P – in der Volkswacht, Spendhaus 6, und an der Abendkasse

Amtliche Bekanntmachungen.

Straßensperrung!

Die Beschüttung des Brösener Weges vom Lagerschleuskanal von Neufahrwasser bis Saspe macht eine sofortige Sperrung desselben für die Dauer von etwa 4 Wochen für den Wagenverkehr erforderlich, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Den Brösen kommende Fuhrwerke müssen deshalb die Umgehungswege über Saspe oder Neufahrwasser benutzen.

Danzig, den 8. November 1924. (15305
Der Polizei-Präsident.

Verdingung.

Die Kanalisations- und Wasserleitungsarbeiten für die [illegible] in Neufahrwasser, Wilhelmstraße, sollen öffentlich vergeben werden.

Angebotsformulare sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Hochbauamt II, Rathaus Pfefferstadt, erhältlich. (15373

Termin: Dienstag, den 18. November 1924, vormittags 11 Uhr.

Hochbauamt II.

Das Gelände des ehem. [illegible] grundstückes nach der [illegible]gasse zu soll zur

Errichtung von Verkaufshallen

in Größe von je etwa 50 qm vergeben werden. Nähere Auskunft erteilt die Städtische Grundbesitzverwaltung in deren Geschäftsstelle — [illegible]gasse 3 — Bewerbungen bis zum 15. 11. 1924 eingereicht sind. (15368

Danzig, den 8. November 1924.
Städtische Grundbesitzverwaltung.

Kleine Anzeigen

[illegible] in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Empfehle mein großes Lager in **Nähmaschinen** zu sehr billigen Preisen. Nehme alte in Zahlung. Teilzahlung gestattet! Reparatur-Werkstätte
FENSELAU & Co.
Petersiliengasse 9 .529

Schidlitz!
Wir haben im
Zigarrengeschäft des Herrn Kujawski
Karthäuser Straße Nr. 113
eine Verkaufs- und Abholestelle der
„Danziger Volksstimme"
eröffnet.
Bestellungen werden dort entgegengenommen / Der Verlag

Erstklassiger **Photoapparat** (9×12) mit reichl. Zubehör zu verkaufen. Angebote unt. 1408 an die Exped. der Volksstimme. (†

Ein neues, graues **Damen-Tuch-Kostüm** für mittlere, schlanke Figur, preiswert zu verkaufen. Klein, Gr. Mühlengasse 4, pt. (†

Handverlesene **Winterkartoffeln** per Zentner 4 Gulden, liefert frei Haus Kirstein, Ohra.

Damen- u. Herren-Wintermantel gut erhalten, billig zu verkaufen. Langfuhr, Hertastraße 3, 2 Tr. rechts. (†

Billig zu verkaufen: Gaskocher (2-fl.), Gaslampen u. Damen-Wintermantel. [illegible]weg 42, 3 Tr. l. (†

Jg. Mädchen sucht eine Lehrstelle für ½ Tag. Ka. u. polnische u. deutsche Sprache. Offert. unter 1407 an die Exped. der Volksstimme. (†

[illegible] [illegible]
Rud. Lindau, Danzig, [illegible] 6–8.

Junger **Zwerg-Rehpinscher** zu verkaufen (†. Hochstrieß 12, ptr., links

Möbl. Vorderzimm. mit Mittagstisch an 2 Herren zu vermieten. Hansator 3, 1 rechts. (†

Junger Mann **findet Schlafstelle.** Altstädt. Graben 45, 1 Tr.

Oefen und Herde werden sauber und billig umgesetzt und repariert. Offert. unt. V. 1410 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Spazierstock ist auf der Revolutionsfeier am Sonnabend in der Werftsäle stehen geblieben. Abzuh. bei der Exped. d. Volksstimme. (†

Auflege-Matratzen, Chaiselongues mit und ohne Bettkasten, Sofas zu verkaufen. Dortselbst Aufarbeit. samtl. Polstersach. zu billigsten Preisen. Rudolf Werner, Tapezierer u. Dekorateur, Tobiasgasse 27 I. 1551

Strümpfe werden gewaschen und gestopft. Angebote unter Nr. 1409 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Pelzarbeiterin fertigt Hüte, Kragen u. Muffs schnell u. billig. Böttchergasse 11, 2

Gefunden! Herrenuhr u. Kette. Abzuholen gegen Erstattung der Kosten b. Hallmann, Hinterstraße 8. (†

Am Sonntag auf der Fahrt Danzig-Neuteich im Auto **ein Schlüssel** (sehr groß) u. Fußhalter liegen gelassen. Abzuhol. von Schütz, Schichaugasse Nr. 22. (†